

Motivation unter Extrembedingungen. Berufsschultag des glb 2019

- 6 *Ergebnisse der Panels*
- 19 *Politische Gespräche der AG Fachpraxis*
- 26 *Hessischer Seniorentag*



Impulse

Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen
und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.

INHALT *Ausgabe Dezember 2019*

3 Vorwort

4 27. Hessischer Berufsschultag

- _ 27. Hessischer Berufsschultag
- _ „Konstant ist nur die Veränderung“. Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion
- _ Panel : Finanzielle Möglichkeiten, Berechnung der Pension u. a.
- _ Panel „Schülerschaft“
- _ Nichts als Stress und Ärger? Arbeitsklima in der Schule
- _ Panel Arbeitsbedingungen - Was muss sich ändern?
- _ Meinungen und Forderungen aus dem Panel „Berufliche Schulen im Bildungssystem“
- _ Bilder vom Berufsschultag

19 Aktuelles

- _ Netzwerk AG Fachpraxis - Pressemitteilung

20 Nachrichten aus dem HPRLL

- _ Nachrichten aus dem HPRLL 4/2019

22 Pressemitteilungen

- _ Ausbildung 4.0:
Digitalkompetenz statt Mangelwirtschaft
- _ „TELLUS | miteinander lehren – voneinander lernen“
- _ Berufsbildungskongress - Workshop 24/7 Lehrerarbeitszeit
- _ BvLB fordert Berufsschulpakt zur Digitalisierung

25 Bericht aus den KV Limburg-Weilburg

- _ Einladung zur Informationsveranstaltung zum Thema:
„Beamtenversorgung von Lehrerinnen und Lehrern an Beruflichen Schulen“

26 Senioren

- _ Hessischer Seniorinnen- und Seniorentag des dbb 2019
- _ Bericht über den Hessischen Seniorinnen- und Seniorentag des dbb Hessen 2019

27 glb MKK und Offenbach

- _ Vom Klosterleben und Weinanbau im Rheingau –
Herbstliches Verbandstreffen des glb Main-Kinzig

IMPRESSUM

Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.

Herausgeber:

Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V., Somborner Straße 21, 63517 Rodenbach
Telefon 06184 2056657, Telefax 06184 2056658, E-Mail glb.hessen@t-online.de

Gestaltung/Druck:

Werbung und Druck M. Kroeber GmbH
Vogelsbergstraße 5, 63589 Linsengericht, Telefon 06051 9742-0, Telefax 06051 9742-42, E-Mail printinfo@kroeber.com

Redaktion:

Dr. Christian Lannert, Monika Otten, E-Mail glb-hessen@t-online.de

Manuskripte:

Berichte oder Manuskripte werden gern entgegengenommen. Mit der Einsendung bestätigt der Verfasser, dass die Vorlage frei von Rechten Dritter ist. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung, eine Auswahl, eine Kürzung oder eine redaktionelle Zusammenfassung vor bzw. berichtet über Inhalte. Für die Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des glb und dessen Redaktion. Honorare werden keine vergütet. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen. Der Verfasser stimmt einer Veröffentlichung der Impulsausgabe auf der Homepage zu und gestattet den Versand der Ausgabe mit E-Mail.

Erscheinungsweise:

4-mal jährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN:

1869-3733



Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nun neigt sich auch dieses Jahr wieder dem Ende zu. Ein markanter Höhepunkt war in diesem Jahr der 27. Hessische Berufsschultag unter dem Motto „Motivation auf beiden Seiten des Pulses – Herausforderungen unter Extrembedingungen?!“ Es war eine gelungene Veranstaltung, deren Ergebnisse wir Ihnen in dieser Ausgabe gerne ausführlich vorstellen möchten. Akteure aus verschiedenen Bereichen diskutierten miteinander, wertschätzten die Motivation und Arbeit der Lehrkräfte, beschrieben die Situation in den Schulen vor Ort, hoben Positives hervor und stellten Forderungen für eine Verbesserung der Lage für alle Betroffenen – Lehrkräfte, sozial-pädagogische Unterstützungskräfte, Schulleitungen und nicht zuletzt auch für die Schülerinnen und Schüler. Ziel und Aufgabe ist es nun für die glb-Landesleitung diese Forderungen in bildungspolitischen Gesprächen nachhaltig zum Ausdruck zu bringen und für eine Verbesserung der Situation einzutreten.



dlh-Landesleitung mit dem Hessischen Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz

In diesem Jahr haben wir in verschiedenen Konstellationen bereits drei Gespräche mit dem Hessischen Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz geführt und uns dort für die Interessen der Beruflichen Schulen stark gemacht.

Ebenso haben wir uns für Ihre Interessen in diversen Stellungnahmen eingesetzt und auch im Kulturpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtages persönlich zum Ausdruck gebracht. Die Stellungnahme zur Umsetzung des DigitalPakts Schule in Hessen haben wir auf unserer Homepage für Sie zum Download bereitgestellt.

Am 14 und 15. November haben wir am Berufsbildungskongress des BvLB mit drei Vertreter*innen des Landesvorstandes teilgenommen. Einen ausführlichen Bericht dazu erhalten Sie in der nächsten Ausgabe. Einen kleinen Einblick erhalten Sie aber schon in diesem Heft durch die Pressemitteilung des BvLB. Zudem können Sie selbst mithilfe des untenstehenden QR-Codes Weiteres, insbesondere das Programm des Kongresses, kennenlernen.

Einladen möchten wir Sie ganz herzlich zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Beamtenversorgung von Lehrerinnen und Lehrern an Beruflichen Schulen am 6. Februar 2020 in die Wilhelm-Knapp-Schule nach Weilburg. Weitere Informationen können Sie diesem Heft entnehmen.

Für das bevorstehende Weihnachtsfest und den Jahreswechsel wünsche ich Ihnen allen von Herzen frohe und gesegnete Weihnachten und ein gutes, erfolgreiches und glückliches Jahr 2020.

Ihre
Monika Otten
Landesvorsitzende des glb



27. HESSISCHER

Herzlich Willkommen!

MOTIVATION 21
Was bedeutet das konkret?
BSP...

extrinsisch

intrinsisch

PROBLEME

TECHNIK

Projekt...

ZEIT

Hinder-
nisse

DURCHHALTEN

Stolperis

neues Curriculum

Sardinien
Dose

SELBSTWIRKSAMKEIT erleben

Wir sind der größte hessische KONZERN

Angst?
Frustration?

Motivieren, das heißt den Schreibstisch verlassen

Sie sind keine Freiberufler...

RICHTIGE Person am RICHTIGEN ORT?

wohnt Nähe?

Balanceakt

Stolperstein
Fachlichkeit
in den
FACHKLASSEN

Herr Lasch Herr Brecht

Ausstattung

Lehrer-
hintergrund

Lehrer-
mangel

Wirtschaft Schule

KONTAKTE

SYCK?

HAND in HAND

**HOCH
motiviert**

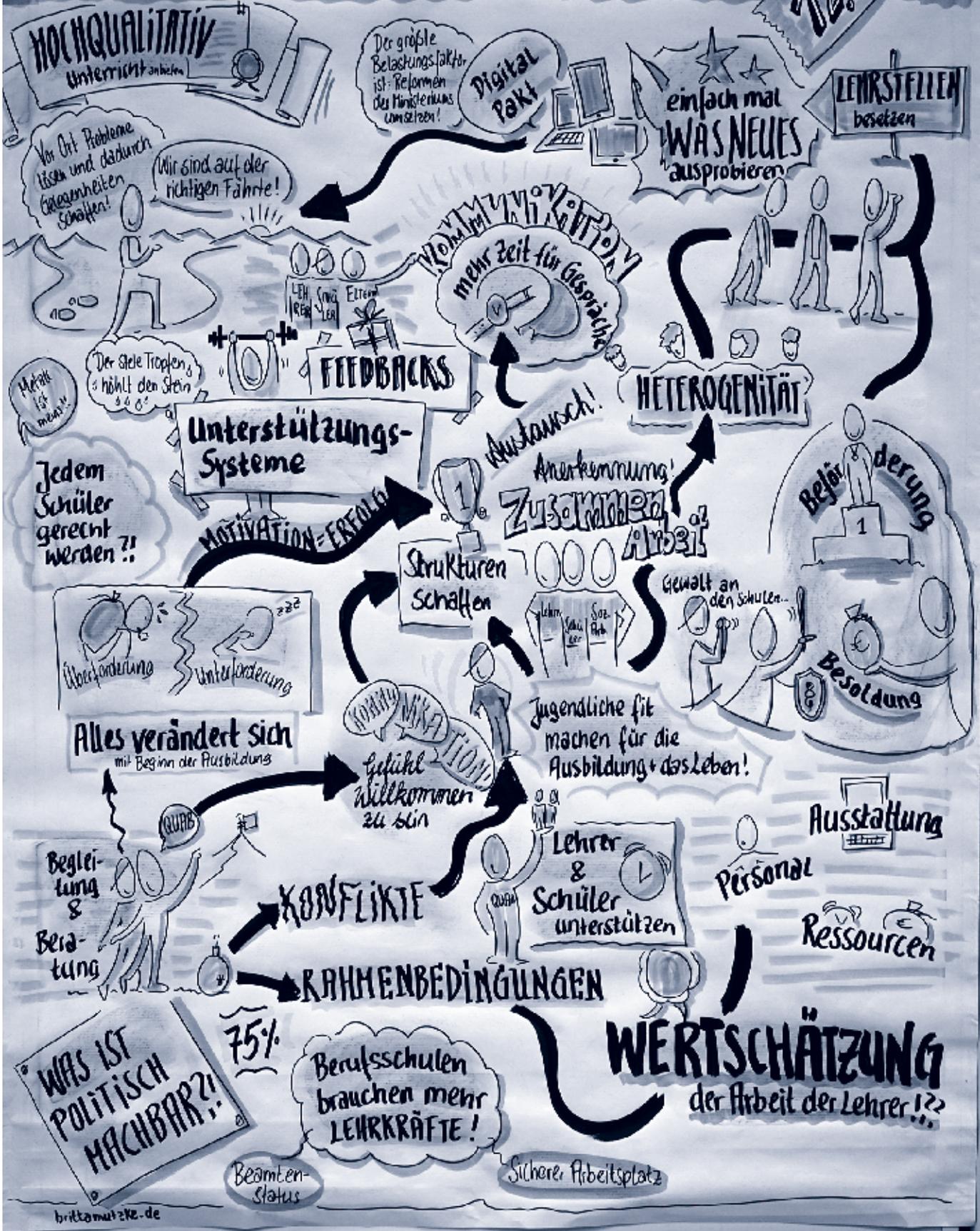
GRENZEN?

Wir komprimieren
ZEIT

VERÄNDERUNG ist KONSTANT

BERUFSSCHULTAG

12.09.19





27. Hessischer Berufsschultag

VON MONIKA OTTEN

Am 12. September 2019 fand in der Stadthalle in Friedberg der 27. Hessische Berufsschultag „Motivation auf beiden Seiten des Pultes – Herausforderungen unter Extrembedingungen?!“ statt. Auf dem hochkarätig besetzten Podium diskutierten am Vormittag Expert*innen aus verschiedenen Bereichen des Beruflichen Bildungswesens sowie ein Auszubildender über Motivation von Lehrkräften, Mitarbeiter*innen in der Bildungsverwaltung, Schüler*innen und Auszubildenden.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch die Landesvorsitzende Monika Otten, die in ihrem Vortrag anhand eines realen Beispiels Stolpersteine und Gelingensbedingungen für Motivation aufzeigte. In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass eine schwarz/weiß-Betrachtung, wie sie in der als Impuls gezeigten Videosequenz mit Äußerungen von Harald Lesch zum Ausdruck kam, nicht die reale Situation an den beruflichen Schulen trifft. Es wurde eine hohe Motivation von Lehrkräften und Schüler*innen wertgeschätzt. Dabei wurde nicht außer Acht gelassen, dass die Rahmenbedingungen sich als Stolpersteine

erweisen, u. a. die personelle, sächliche/technische und finanzielle Ausstattung der Schulen sowie die IT-Administration. Eine gelingende Kommunikation und vor allem Wertschätzung zwischen Bildungsverwaltung, Schulleitung, Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen, Schüler*innen, Auszubildenden und Eltern wurden als wichtige Faktoren für Motivation benannt. Am Nachmittag wurden die Themenbereiche Arbeitsklima, Berufliche Schulen im Bildungssystem, Schülerschaft, Finanzielle Bedingungen und Arbeitsbedingungen vertieft in kleineren Gruppen diskutiert. (Zu den einzelnen Panels lesen Sie bitte die nachfolgenden Artikel.) Die Ergebnisse des Tages wurden von Britta Mutzke in Form eines Graphic Recording festgehalten. Frau Mutzke erläuterte sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag ihre Bilder und wertschätzte den intensiven und dichten Austausch sowie die engagierte und konstruktive Atmosphäre des Tages.

Der glb wird die erarbeiteten Ergebnisse in seine weitere Arbeit einfließen lassen und die genannten Stolpersteine und Gelingensbedingungen sowie daraus abzuleitende Forderungen in bildungspolitischen Gesprächen thematisieren.



„Konstant ist nur die Veränderung“. Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion

VON DR. CHRISTIAN LANNERT

Der Eröffnung des 27. Hessischen Berufsschultages folgte eine Podiumsdiskussion, die das Ziel hatte, Themenbereiche zu profilieren und Impulse zu geben, die anschließend in den Panels intensiver diskutiert werden sollten.

Moderiert von Mitgliedern des glb-Landesvorstandes (Jürgen Fachinger, Christian Lannert) nahmen verschiedene Akteure an der bildungspolitischen Diskussion teil: Heini Schmitt, dbb Hessen; Ute Schmidt, HKM; Dr. Brigitte Scheuerle, IHK; Andreas Haberl, HWK; Renate-Any Böning, QuABB; Heike Farr, QuABB; Markus Otto, Schulleiter; Joachim Blaufuß, KV, GPRLL; Sindy Baumgarten, Schulsozialarbeit; Fabian Bedacht, Auszubildender.

Stress, Unfähigkeit, Arbeitsbelastung ... Die Klagen über die Zustände an Schulen sind bekannt. Es kann der Eindruck entstehen, sie seien integraler Bestandteil der Arbeit hessischer Lehrkräfte.

Zu den genannten Stolpersteinen gehören mangelnde Ausstattung, Lehrermangel, neue Curricula, mangelnde Zeit für Gespräche und Kooperation, die Herausforderungen der Digitalisierung, Heterogenität usw. Der größte Belastungsfaktor für viele Lehrkräfte: Reformen des HKM umsetzen.

Dennoch inspiriert der Lehrberuf täglich tausende dazu, trotz widriger Arbeitsbedingungen Schule zu gestalten. Motivierte Lehrkräfte sind der Schlüssel zu guten Schulen und zu qualitativ hochwer-

tigem Unterricht, der jedem Schüler gerecht wird. Denn: Allein aufgrund seiner Beschäftigtenzahl ist das Schulsystem „Größter Konzern Hessens“ (Ute Schmidt, HKM). Drei Viertel aller Schülerinnen und Schüler kommen an einem Punkt in ihrer Schullaufzeit in Kontakt mit dem beruflichen Schulwesen.

Die notwendigen Handlungskompetenzen der Lehrkräfte, all diesen Aufgaben gerecht zu werden, ergeben sich aus dem Zusammenspiel von professionellem Wissen und Können, der eigenen Haltung und nicht zuletzt ist eine positive Grundhaltung sich diesen Herausforderungen zu stellen abhängig von der rahmengebenden Motivationslage.

Was gehört nun alles zu motivierendem Arbeiten? „Motivieren heißt den Schreibtisch verlassen“: Kontaktpflege zwischen Schule Wirtschaft wurden genannt, Feedback, Kollegiale Zusammenarbeit und Beratung und Begleitung durch Unterstützungssysteme. Motivation sei dann gegeben, wenn die Lehrkraft Selbstwirksamkeit und Wertschätzung erlebe: Erfolg sei Motivation. Dies erfordere Flexibilität und Offenheit. Konstant sei nur die Veränderung.

Insgesamt wurde so ein differenziertes, auffällig optimistisches Bild der Lage gezeichnet. Die Panels griffen die verschiedenen Stichworte am Nachmittag auf, ergänzten diese und entwickelten die Gedanken zum Teil deutlich kritischer weiter.





Panel: Finanzielle Möglichkeiten, Berechnung der Pension u. a.

VON BERTRAM BÖHSER

In diesem Panel wurden durch Herrn Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Hessen, die Möglichkeiten der Pensionsberechnung, der finanziellen Möglichkeiten bezüglich A-14 und der Verbleib in der Tarifunion Hessen zuvorderst behandelt. Dabei stellte sich heraus, dass die Pensionsberechnung durch die Anzahl der geleisteten Dienstjahre mal 1,79375 v. H. bestimmt werden wird. Das bedeutet für eine beispielsweise 35-jährige Dienstzeit: $35 \times 1,79375 = 62,78125$ %. Das ist die zu erwartende Pensionsberechnung nach dem Stand der rechtlichen Situation 2019. Das kann sich hinkünftig noch ändern, wird aber erstmal so bleiben. Bei einem zu erwartenden Höchstsatz von 41 Jahren: $41 \times 1,79375 = 74,10$ % werden jedoch lediglich 71,75 % des letzten Verdienstes gerechnet. Die Angleichung zugunsten der auszahlenden Stelle sind augenfällig! Weiterhin behandelte Herr Schmitt auch die sogenannte Alimentierung. Das bedeutet, dass eine Lehrkraft nach dem Alimentationsprinzip bezahlt wird, denn wir haben keinen Arbeitsvertrag, nach dem bspw. Überstunden abgegolten werden oder sonstige in Arbeitsverträgen festgehaltene Sachverhalte geregelt werden. Das Alimentationsprinzip, so führte er weiterhin aus, verpflichtet den Dienstherrn den Beamten und seine Familie lebenslang angemessen zu alimentieren und ihm nach seinem Dienstrang, nach der mit seinem Amt verbundenen Verantwortung und nach Maßgabe der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards einen angemessenen Unterhalt zu gewähren. Der Beamte muss über ein Nettoeinkommen verfügen, das seine rechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet und ihm über die Grundbedürfnisse der Lebenshaltung hinaus im Hinblick auf den allgemeinen Lebensstandard und die allgemeinen Verbrauchs- und Lebensgewohnheiten einen im Ergebnis amtsangemessenen Lebenskomfort ermöglicht. Dabei ist die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung zu beachten. Bei der Konkretisierung der amtsangemessenen Alimentation hat der Gesetzgeber einen weiten Gestaltungsspielraum. Das Alimentationsprinzip ist dabei Grundlage und Grenze der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers. Dem Beamten steht, wenn auch nicht hinsichtlich der Höhe und der sonstigen Modalitäten, so doch hinsichtlich des Kernbestandes ein grundrechtgleiches Recht durch Artikel 33 Absatz 5 GG zu.

A-14 und andere interessante Themen wurden behandelt:

Wer sich im Dienst für eine bessere Bezahlung (Alimentation) von A-13 zu A-14 bewerben möchte, der sollte zuerst das Thema der Stellenbeschreibung durchlesen und dann entscheiden, ob sich eine Bewerbung nach A-14 tatsächlich lohnt. Denn oftmals ist in der Stellenbeschreibung schon zu lesen, wer sich bewerben sollte. Sodann geht die Bewerbung auf dem Dienstweg (über die Schulleiterin/den Schulleiter der Stammschule) an das zuständige Staatliche Schulamt. Dort werden alle weiteren Schritte in die Wege geleitet.



Im Übrigen sei nochmals darauf hingewiesen, dass das Hessische Kultusministerium die A 14-Stellen über die Staatlichen Schulämter den Schulen zuweist., nicht die Schulleiterin oder der Schulleiter, das Finanzministerium ist also die ausführende Stelle. Leider sieht das Berufsbeamtentum nicht vor, dass jede Lehrkraft eine A 14-Stelle im Laufe ihres Berufslebens erhält. Das sollte sich die Lehrkraft vor dem Studium überlegen, nicht hinterher.

Der Verbleib in der Tarifunion Hessen hat für die Lehrkräfte besondere Bedeutung, denn dadurch ist beispielsweise das Weihnachtsgeld, so hieß das früher einmal, noch in Kraft. Zwar etwas geringer als früher, aber immer noch spürbar in der Monatsalimentation. Gleiches gilt auch für den Freibetrag hinsichtlich des Kindergeldes, der ebenfalls höher ausfällt. Die tarifliche Entwicklung in Hessen ist übrigens eine sehr interessante Angelegenheit gewesen, denn der glb sowie der dbb Hessen haben in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass eine Besoldungserhöhung notwendig geworden ist. Das hat der Finanzminister ebenfalls nach vielen Gesprächen, zuletzt nach der Demo im April 2019 in Wiesbaden, gezeigt und eine monatliche Erhöhung der Grundgehälter zugesagt. Diese ist auch auf unseren Abrechnungen monatlich nachzulesen.

Insgesamt war das Panel eine sehr interessante Angelegenheit, die viele offene Fragen geklärt haben sollte.





Panel „Schülerschaft“

Im Panel „Schülerschaft“ herrschte eine angenehme Stimmung - es wurde viel und angeregt diskutiert.

VON SUSANNE EISSLER



Hier kamen drei Personengruppen zusammen. Glücklicherweise konnten Herr Bedacht und Herr Wilmes für die Teilnahme am Berufsschultag gewonnen werden, zwei Schüler, die durch ihre Erfahrungen im Voll- und Teilzeitunterricht der Berufsschule das Gespräch sehr bereicherten. Frau Farr vom Projekt QuABB am Standort Frankfurt beschäftigt sich professionell mit Auszubildenden, die über den Abbruch ihrer Ausbildung nachdenken. Hierfür macht sie grundsätzlich zwei Effekte verantwortlich - einerseits eine zu geringe Motivation durch den Beruf selbst (z.B. durch zu geringe Passung) und andererseits zu große positive/negative Ablenkung neben dem Beruf.

Ergänzt wurde das Panel durch Lehrkräfte mit Erfahrungen aus unterschiedlichen Schulformen und Berufsgruppen.

Zunächst wurde diskutiert, was Schülerinnen und Schüler motiviert. Dabei wurde die sächliche Ausstattung inkl. des technischen Equipments als grundsätzlich notwendig vorausgesetzt und stattdessen die Beziehung zwischen Lernenden und Lehrkraft in den Blick genommen.

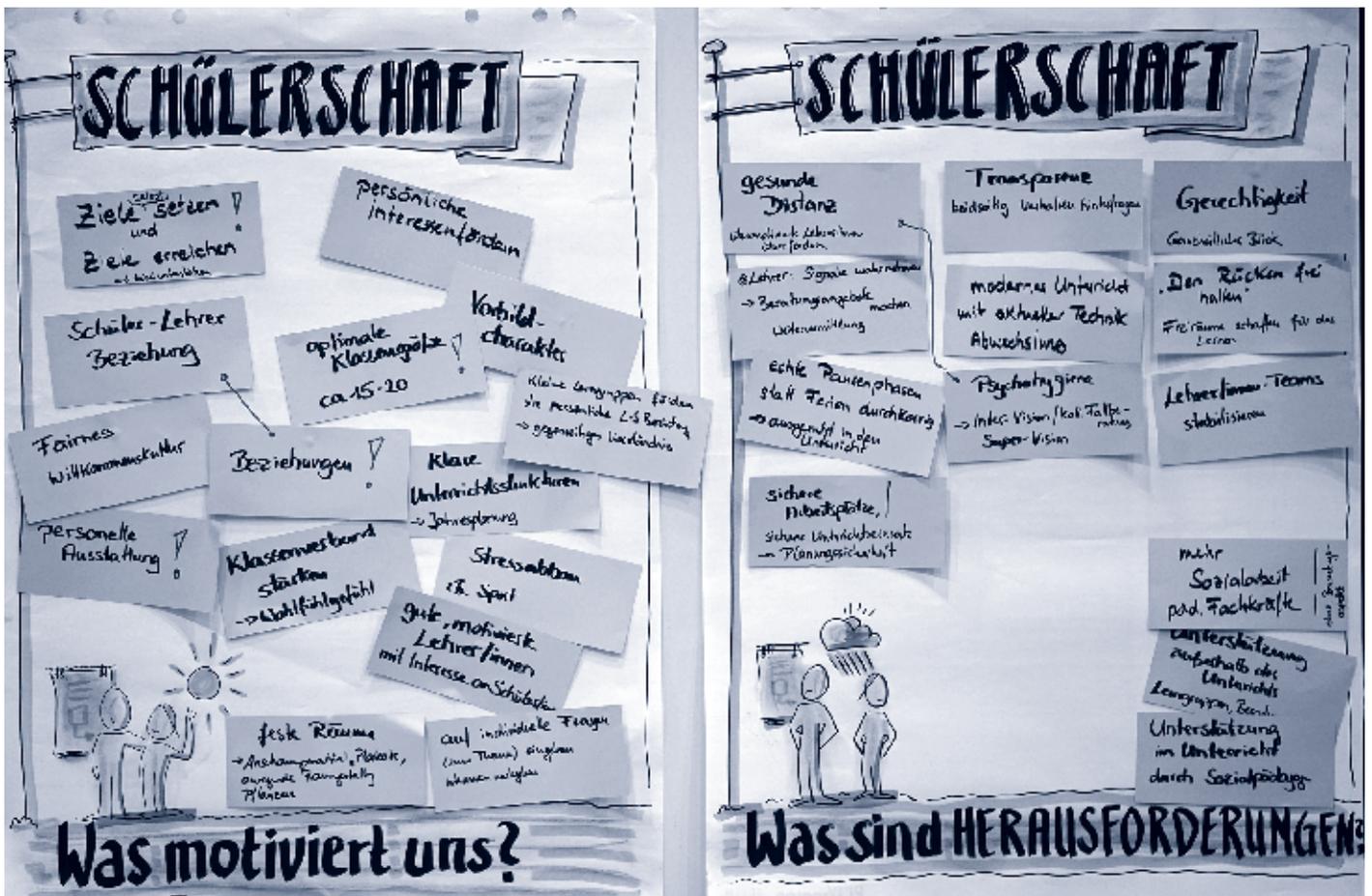
Wie beim Sport muss man sich auch beim Lernen klare Ziele setzen. Dabei brauchen die Lernenden die Unterstützung der Lehrkräfte auf dem Weg diese Ziele zu erreichen und einige darüber

hinaus auch Hilfestellung beim Finden (Erkennen persönlicher Interessen und Talente) und Formulieren ihrer Ziele. Diese enge Zusammenarbeit setzt eine gute, vertrauensvolle Schüler*innen-Lehrer*innen-Beziehung voraus. Diese sollte geprägt sein durch eine grundsätzlich positive Willkommenskultur (die Lernenden mit allen Defiziten und Talenten annehmen). Dies wiederum ist nur möglich, wenn gut ausgebildete, motivierte Lehrkräfte mit Schüler*innengruppen arbeiten, die nicht zu groß sind, sodass man sich wirklich kennenlernen kann. Im Panel einigte man sich auf eine Gruppengröße von 15 bis 20 Lernenden, wobei je nach Schulformen und individueller Zusammensetzung signifikante Abweichungen denkbar sind.

Für den Unterricht im engeren Sinne wurde fixiert, dass Schülerinnen und Schüler motiviert werden, wenn Lehrkräfte auf die individuellen Interessen und Fragen innerhalb des gesetzten Themas eingehen. Ein starker Klassenverband und ein faires Miteinander sind dabei die Voraussetzung, dass sich Schüler*innen trauen ihre Fragen zu stellen. Diese Sicherheit lässt sich auf verschiedenen Wegen erreichen, genannt wurde hier neben der guten Beziehung: klare Unterrichtsstrukturen, Stressreduktion, feste Räume mit lerngruppenspezifischer Ausstattung und Pflanzen. →

Die Herausforderung beim Erreichen des oben formulierten Zielzustands sind vielfältig. So richten sich Forderungen an die personalverwaltenden Stellen nach mehr und sicheren Arbeitsplätzen (mehr Sozialarbeiter*innen, mehr sozialpädagogische Fachkräfte zur Unterstützung im und außerhalb des Unterrichts, mehr Lehrkräfte). An die Schulleitungsebene richteten sich Forderungen nach Stabilisierung von Lehrkräfteteams, Realisierung echter Pausenphasen, um anschließend wieder ausgeruht in den Unterricht gehen zu können, und Angebote zum Thema Psychohygiene (Supervision, Intervision, kollegiale Fallberatung). Für die Lehrkräfte stellt die Gestaltung der

Beziehung zu den Schüler*innen die Hauptherausforderung dar. Dabei nimmt Gerechtigkeit im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes eine Schlüsselposition ein, die mit einem geschulten wachen Blick auch für schwache Signale und der Weitervermittlung an passende Beratungsstellen das Ziel verfolgt, die Schülerinnen und Schülern nach Möglichkeit von unnötigen Ballast und all dem zu befreien, was vom Lernen ablenkt, den Lernprozess stört oder verhindert. Für die zentrale Schüler*innen-Lehrer*innen-Beziehung wurde beidseitig die Herausforderung einer gesunden Distanz in Kombination mit Transparenz auf Basis des gegenseitiges Interesses formuliert.





Nichts als Stress und Ärger? Arbeitsklima in der Schule

VON DR. CHRISTIAN LANNERT



Einer der schönsten Berufe der Welt ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden: Die Belastung von Lehrkräften steigt durch hohe Pflichtstundenzahl, Verwaltungs- und Schulentwicklungsaufgaben, Dokumentationspflichten, größere Lerngruppen, die vielfältigen pädagogischen Herausforderungen, die die heterogene Schülerschaft der beruflichen Schulformen mit sich bringen. Die Belastung steigt außerdem durch knappe Ressourcen und dem oft empfundenen Mangel an Wertschätzung und Anerkennung durch Kollegium, Schulleitung und Kultusbürokratie.

Stress und Ärger scheinen integraler Bestandteil des Schullalltags für viele Kolleginnen und Kollegen zu sein. Viele Klagen über Unzufriedenheit, Erschöpfung, Resignation. Hoher Krankenstand, „innere Kündigung“ und vorzeitige Pensionierungen sind die alarmierenden Folgen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese Enttäuschung nicht zuletzt aus dem Idealismus resultiert, mit denen Lehrkräfte ihren Beruf versehen. Gerade das Lehramt für berufliche Schulen zieht Menschen an, die ihre praktische Erfahrung mit einer hohen Motivation und einem hohen pädagogischen Leistungsanspruch verbinden. Sie sind daran interessiert, dass Heranwachsende eine gute Vorbereitung auf das Berufsleben bekommen. Wenn sie

nun feststellen, dass sie trotz aller Anstrengungen nichts zurückbekommen, führt dies schnell zu Frustration.

Diesem Themenkomplex widmete sich das Panel Arbeitsklima des glb-Berufsschultages. Moderiert von Sindy Baumgarten, Schulsozialarbeiterin an der Karl Kübel Schule Bensheim, einem beruflichen Schulzentrum mit kaufmännischem Schwerpunkt und Christian Lannert, Landesvorstandsmitglied des glb, analysierte eine engagierte Runde von Kolleginnen und Kollegen aus ganz Hessen Stressfaktoren und Auswege, mit dem Ziel, Bedingungen für ein positives Arbeitsklima an Schulen zu formulieren.

Diskutiert wurden verschiedene problematische Aspekte:

So wurde eine „Überlastung der Willigen“ konstatiert, die mitunter zu Selbstaussbeutung gerade der engagiertesten Kolleginnen führt und damit zu deren stiller Resignation. Gerade aus gewerkschaftlicher Perspektive ist die mitunter fehlende klare Artikulation von Problemen seitens der Betroffenen ein problematischer Zustand.

Hinzu kommen Personalmangel, fehlende Ressourcen und Entwicklungsperspektiven und als Folge ein Konkurrenzkampf um diese knappen Ressourcen. →



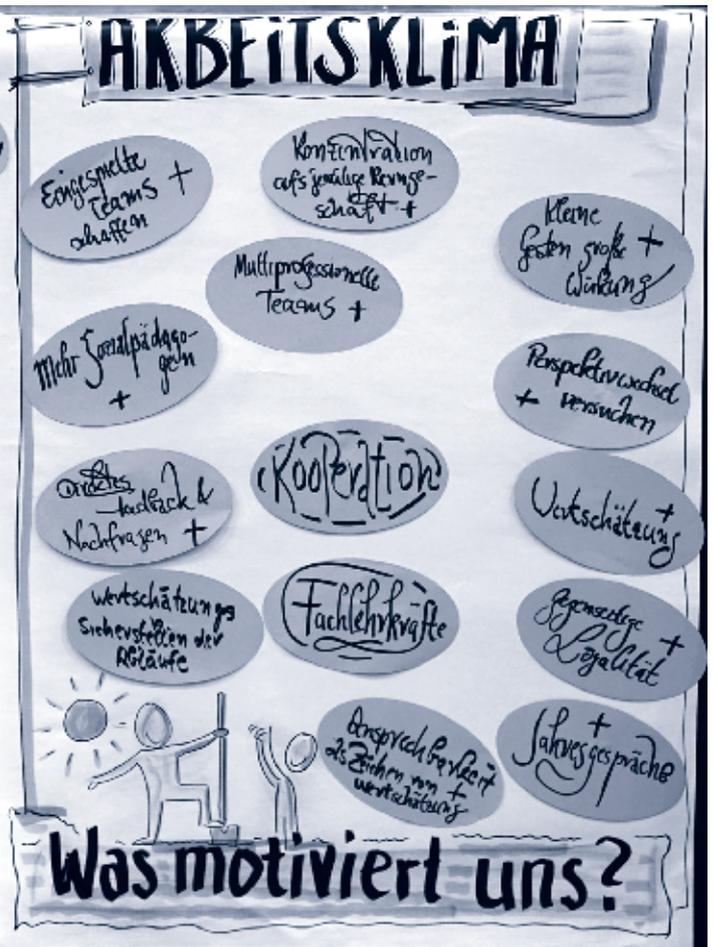
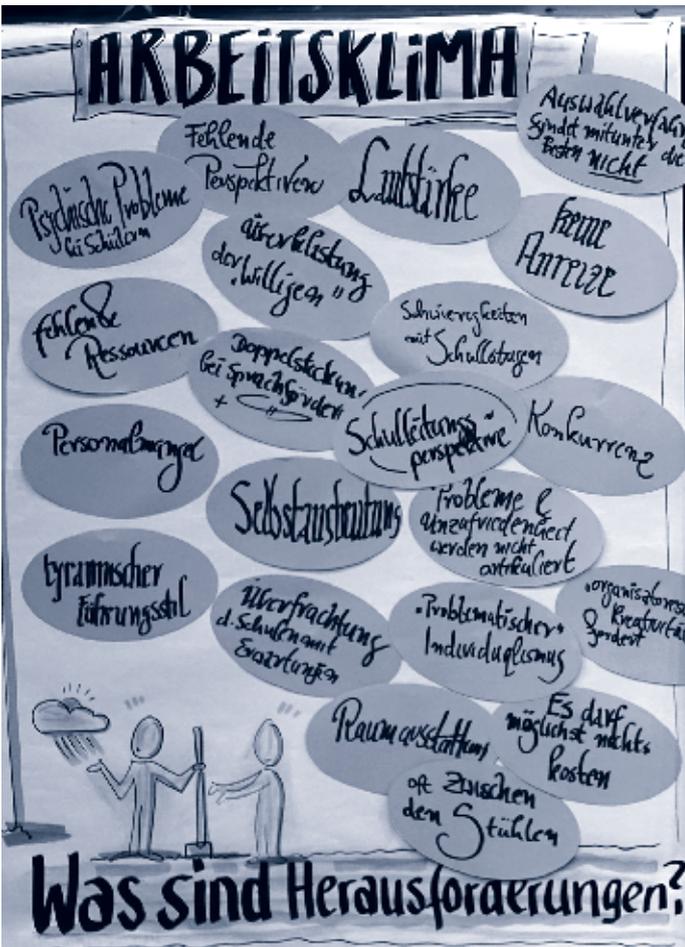
Berichtet wurde außerdem von Schwierigkeiten in der Kommunikation der KollegInnen mit den Schulleitungen, die sich in tyrannischem und erratischem Führungsstil äußern und auf der anderen Seite von nicht minder als belastend empfundenen Schwierigkeiten der Schulleitungen mit KollegInnen und der Schulaufsicht.

So werde die Schule mit Erwartungen von allen Seiten förmlich überfrachtet.

Was muss sich verändern? Zentral sind die Schlüsselbegriffe Kooperation, Transparenz und Wertschätzung. Nicht der Lehrer als „Einzelkämpfer“ muss Normalität an Schulen sein, sondern eingespielte, multiprofessionelle Teams, aus etwa Lehrkräften und Sozialarbeitern, die es jedem Mitarbeiter erlauben, sich auf sein jeweiliges Kerngeschäft zu konzentrieren und so motivierende Selbstwirksamkeit zu erfahren.

Abläufe und Ressourcenvergabe müssen transparent geregelt sein, hier muss das Kollegium seine Mitbestimmungsmöglichkeiten voll ausschöpfen. Von der Schulleitung werden Ansprechbarkeit, Jahresgespräche und das Bemühen, die Perspektive der „einfachen“ Lehrkraft einzunehmen, erwartet.

Und schließlich mag es wie eine Binsenweisheit erscheinen, aber gerade die werden, um Sebastian Haffner zu zitieren, immer zuerst übersehen: Wertschätzung zeigt sich auch in kleinen Gesten im Alltag, die nichts kosten, aber große Wirkung erzielen. Ein „Danke“ für die eben nicht selbstverständliche alltäglich geleistete gute Arbeit kostet auch in Zeiten angespannter öffentlicher Kassen nichts.





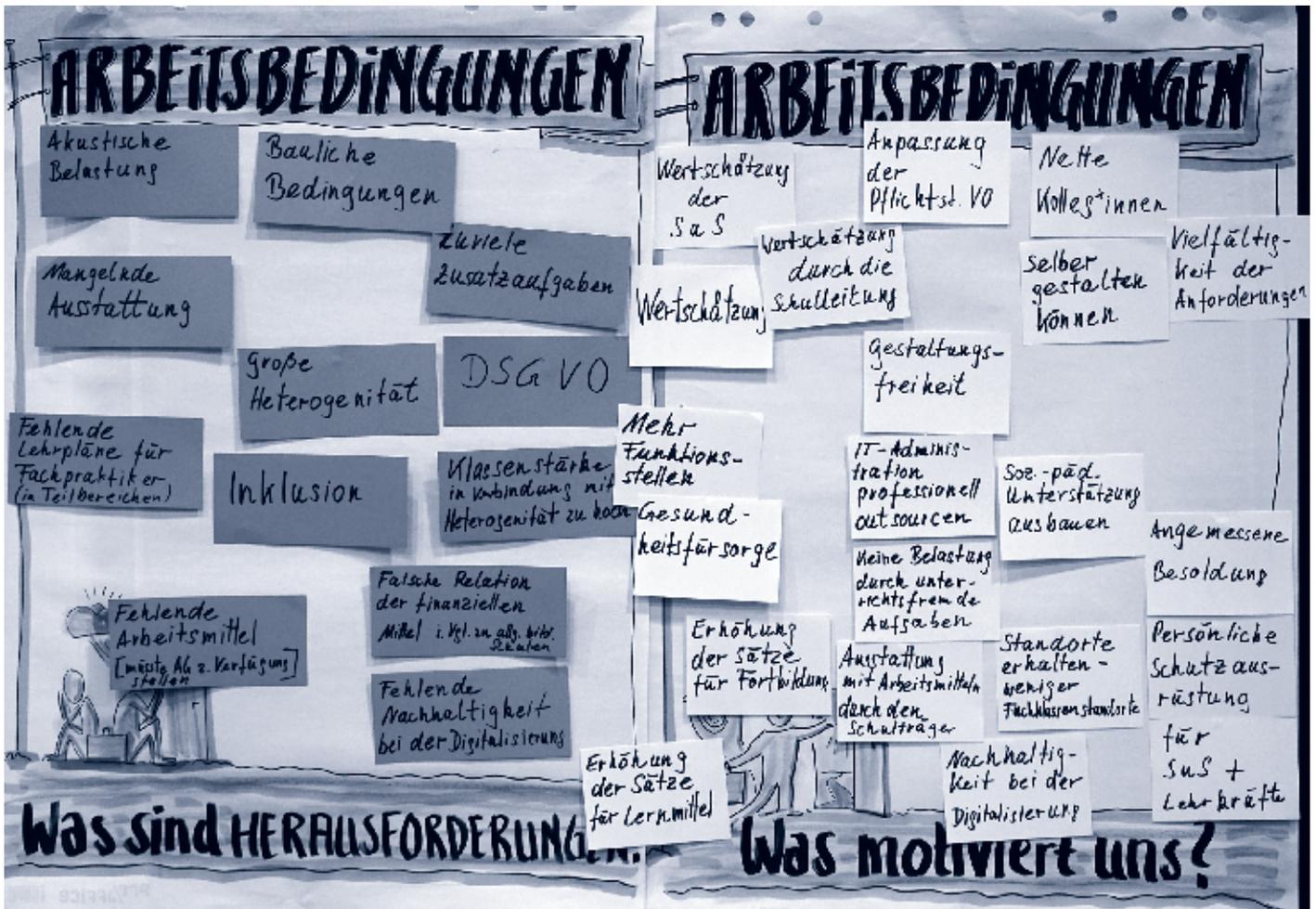
Panel Arbeitsbedingungen

Was muss sich ändern?

VON MONIKA OTTEN

Wie auch in den anderen Panels des Tages wurden auch in der Arbeitsgruppe zum Thema Arbeitsbedingungen die Fragen „Was sind Herausforderungen?“ und „Was motiviert uns?“ diskutiert. Dabei wurden sowohl Facetten aus Sicht der Schulleitungen als auch der der Lehrkräfte in den Blick genommen.

Es zeigte sich, dass eine große Gruppe von Teilnehmenden des 27. Hessischen Berufsschultages, Lehrkräfte sowie Schulleitungsmitglieder, sich prioritär für das Thema „Arbeitsbedingungen“ interessierte. Im intensiven Austausch kam zum Ausdruck, dass die Situationen an den einzelnen Schulen sich unterschiedlich darstellt bspw. im Hinblick auf Ausstattung und bauliche Gegebenheiten. Akustische Belastungen, bauliche Bedingungen und mangelnde Ausstattung wurden als herausfordernd und eine starke Beeinträchtigung für Motivation empfunden. Es wurde betont, dass insbesondere im Zuge der Digitalisierung auch die Nachhaltigkeit sichergestellt werden müsse. Das Fehlen dieser Nachhaltigkeit wurde stark bemängelt. Weiterhin sind die finanziellen Mittel den besonderen Bedarfen der beruflichen





von links nach rechts: Christiane Nierula-Riese, Joachim Blaufuß, Karsten Hees, Monika Otten, Markus Otto, Dr. Christian Lannert

Schulen (Anpassung an die Berufs- und Arbeitswelt) nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt worden. Auch die fehlenden Arbeitsmittel, die in der Wirtschaft seitens des Arbeitgebers zur Verfügung gestellt werden, wurden kritisch beleuchtet. Zu dem gibt es zu viele Zusatzaufgaben, von denen die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung nur ein Beispiel ist, das zu zusätzlichen Herausforderungen und Belastungen führt. Belastend ist insbesondere auch die große Heterogenität und die Klassenstärke ist in Verbindung damit zu hoch. Auch fehlende Lehrpläne, bspw. in Teilbereichen für Fachpraktiker*innen, sind herausfordernd und nicht motivationsfördernd. Zudem bedeuten zusätzliche Aufgaben wie die Inklusion, für die die Lehrkräfte an beruflichen Schulen in der Regel nicht ausgebildet sind und für die qualifizierte Lehrkräfte insbesondere an den beruflichen Schulen fehlen, für die Kolleginnen und Kollegen und für die Schulleitungen in pädagogischen und organisatorischen Fragen eine große Herausforderung und viel Engagement.

Motivationsfördernd wirkt dagegen Wertschätzung, insbesondere von Schülerinnen und Schülern und durch die Schulleitung. Auch die Zusammenarbeit mit netten Kolleg*innen und die Vielfältigkeit der Anforderungen wird als motivierend gesehen. Gestaltungsfreiheit und das selber gestalten zu können wird ebenfalls positiv gewürdigt. Motivierend und zugleich als Forderung zu sehen sind hingegen der Wunsch nach Senkung der Pflichtstunden für alle Lehrkräfte und insbesondere die Anpassung für die Fachlehrer*innen, mehr Funktionsstellen, professionellem Outsourcing der IT-Administration, Nachhaltigkeit bei der Digitalisierung, Ausbau sozialpädagogischer Unterstützung, keiner Belastung durch unterrichtsfremde Aufgaben, Gesundheitsfürsorge, Erhöhung der Sätze für Lernmittel, Erhöhung der Sätze für Fortbildung, Ausstattung mit Arbeitsmitteln durch den Schulträger, persönlicher Schutzausrüstung für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräften und nicht zuletzt der Erhalt der Berufsstandorte mit weniger Fachklassenstandorten und vor allem einer amtsangemessenen Besoldung.

Meinungen und Forderungen aus dem Panel „Berufliche Schulen im Bildungssystem“

VON JÜRGEN FACHINGER



Die Gesprächsrunde im Rahmen des 27. Hessischen Berufsschultags 2019 startete mit einem Trailer von Harald Lech (Zitat): „Alle sind mies drauf! Die am Ministerium sind mies darauf, weil die wissen sie haben Mist gemacht; die Lehrer sind mies drauf, weil sie sagen verdammt noch mal um was soll ich mich denn noch alles kümmern; die Schüler haben kein Bock, die Eltern meistens auch nicht; es ist so vermässelt, dadurch, dass man etwas tut, wo ich gedacht habe das kann nicht wahr sein -man komprimiert Zeit-, man versucht es tatsächlich.“

Diese sehr polarisierende Darstellung von Harald Lech wurde in der offenen Gesprächsrunde am Vormittag nur ansatzweise bestätigt. Im Panel „Berufliche Schulen im Bildungssystem“, welches von Frau Dr. Brigitte Scheuerle (IHK), Andreas Haberl (HWK) und Jürgen Fachinger (glb) begleitet wurde, gab es wesentlich mehr begründete Meinungen die eine „wohltemperierte“ Motivationslage infrage stellen.

Dabei wurden folgende Herausforderungen, die zum Teil auch als Motivationsstolpersteine angesehen werden benannt und diskutiert:

→ Das Beurteilungssystem für Lehrkräfte wird als demotivierend, unfair und in seiner Entstehung als par ordre du Mufti angesehen.

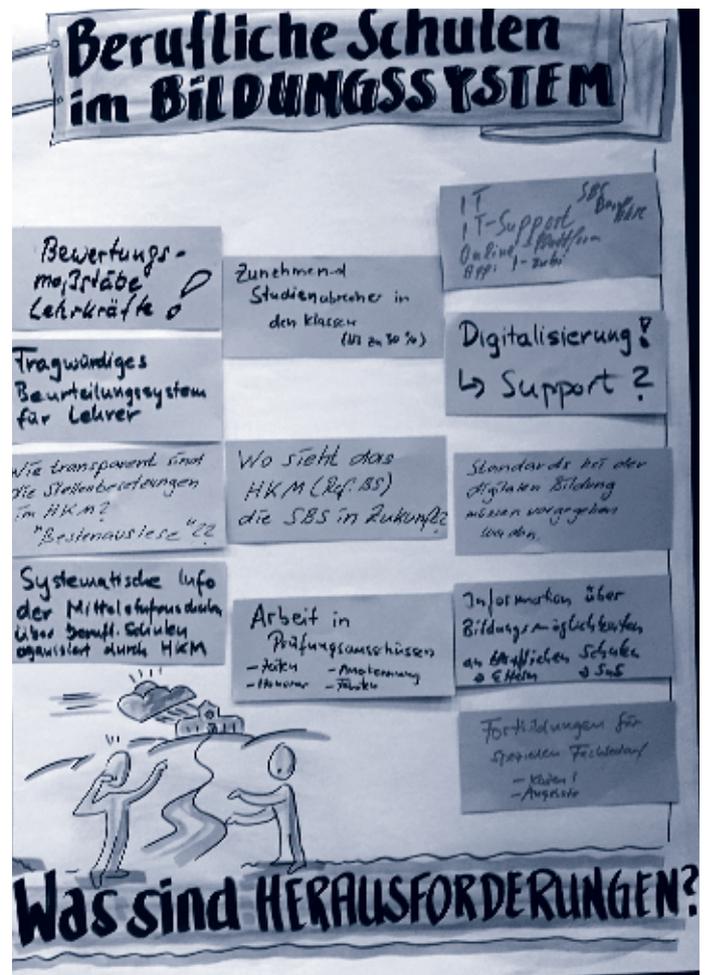
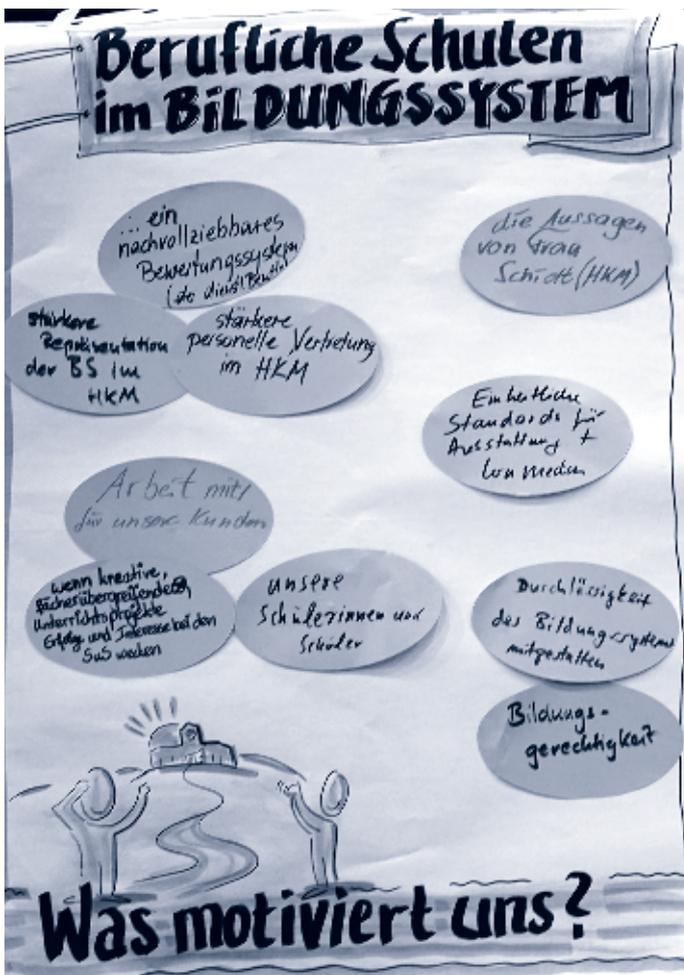
Welchen Nutzen hat ein solches Bewertungsverfahren und was macht es mit den Betroffenen?

→ Die Stellenbesetzungen im HKM werden als im höchsten Maße intransparent wahrgenommen und der Grundsatz der Bestenauslese wird nicht berücksichtigt. Was macht dies mit den Lehrkräften, den Schulleiterinnen/Schulleitern, den Dezernenten in den Schulämtern, wenn die oberste Dienststelle sich nicht mehr an ihre eigenen Standards hält.

→ Die Arbeitsfähigkeit des Großreferats Berufliche Schule wird sehr kritisch gesehen, da die Aufgaben vielfältiger und komplexer werden und gleichzeitig ein Personalabbau zu beobachten ist. Wie soll ein komplexes System (Berufsschule) sich zukunftsfähig weiterentwickeln, wenn wenig Kontinuität auf Leitungsebene erkennbar ist und ein Großteil der Mitarbeiter*innen aus portfolioaufwertende Abordnungen besteht, welche ebenfalls nur kurze Verweildauer haben?

→ Die Informationen zu den schulischen Angeboten von Berufsschulen an allgemeinbildenden Schulen werden in vielen Fällen als unzureichend (wird nicht beachtet) beobachtet. Ist das im Sinne einer bestmöglichen Förderung? Werden hier nicht Chancen vergeben einen Ausbildungsberuf als Einstieg kennenzulernen?

→ Die Weiterbildungsangebote für Berufsschullehrkräfte sind in vielen Bereichen nicht ausreichend oder überhaupt nicht vorhanden.



den. Wie soll dann ein qualitativ guter und zeitgemäßer Unterricht garantiert werden?

→ Die Digitalisierung für das berufliche System ist nicht nur eine Herausforderung, sondern zwingend notwendige Voraussetzung, um in Zukunft weiter zeitgemäß ausbilden zu können. Warum ist hier die Umsetzungsgeschwindigkeit seitens des HKM so gering, dass die Schulen kaum einen nachhaltigen und fördernden Rahmen erkennen, indem sie die Möglichkeiten der Digitalisierung lernwirksam umsetzen können?

Dies sind die wesentlichen Themen die im Panel „Berufliche Schulen im Bildungssystem“ vertieft mit der Blickrichtung auf „Mo-

tivation auf beiden Seiten des Pultes“ diskutiert wurden. Wenn man die Diskussion in der Gesprächsrunde am Vormittag den Meinungen und Forderungen aus diesem Panel gegenüberstellt wird deutlich, dass auf der Ebene der einzelnen Schule und der einzelnen Lehrkräfte viel intrinsische Motivation und schulspezifische Entwicklungen vorhanden sind, welche im Wesentlichen dazu beitragen, dass viele Schülerinnen und Schüler den Besuch der Berufsschulen als Chance ansehen. Wenn es jetzt den Entscheidungsträgern auf politischer Ebene und im Ministerium gelingt die benannten Voraussetzungen für den Erhalt einer zukunftsfähigen Schule zu schaffen, wird dies sicher eine nachhaltige Motivation auf beiden Seiten des Pultes fördern. ←



Teilnehmende der von den Landesvorstandsmitgliedern Jürgen Fachinger und Dr. Christian Lannert vorbereiteten und moderierten Podiumsdiskussion waren (von links nach rechts): Markus Otto, Schulleiter der Max-Eyth-Schule in Kassel; Fabian Bedacht, Auszubildender der Johann-Philipp-Reis-Schule in Friedberg; Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen; Ute Schmidt, Abteilungsleiterin III des Hessischen Kultusministeriums; Dr. Brigitte Scheuerle, Geschäftsführerin bei der IHK Frankfurt am Main; Dr. Christian Lannert, glb-Landesvorstandsmitglied; Jürgen Fachinger, glb-Landesvorstandsmitglied; Andreas Haberl, Geschäftsführer bei der HWK, Wiesbaden; Sindy Baumgarten, Sozialarbeiterin an der Karl-Kübel-Schule in Bensheim; Joachim Blaufuß, Adolf-Reichwein-Schule in Marburg, GPRLL-Mitglied; Renate-Anny Böning, QuABB, Projektleiterin der Koordinierungsstelle; Heike Farr, QuABB, Ausbildungsbegleiterin.

Alle Fotos des Berufsschultages wurden von Peter Wolf fotografiert.





Britta Mutzke, erläutert ihre Zeichnungen. (<http://brittamutzke.de/>)



HERAUSFORDERUNGEN unter EXTREMBEDINGUNGEN



DANKESCHÖN FÜR IHREN BEITRAG HEUTE!

britta mu...

„Fachpraxis in Hessen“ im Gespräch mit den bildungspolitischen Sprechern der ...

SPD-Landtagsfraktion

Mitglieder des Leitungsteams der „Netzwerk-AG der Koordinatoren für Fachpraxis an beruflichen Schulen in Hessen“ trafen sich am 27. August 2019 mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, der für die beruflichen Schulen im SPD-Arbeitskreis Kultus zuständigen Abgeordneten Manuela Strube sowie der Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses, Karin Hartmann, zu einem Meinungsaustausch in Wiesbaden.

Das Gespräch griff den von der Netzwerk-AG vor der Landtagswahl 2018 an die Parteien verschickten Forderungskatalog auf, in dem es um die Besoldung, die Aufstiegsmöglichkeiten sowie um die Schaffung weiterer Stellen für Koordinatoren an den beruflichen Schulen ging. Darüber hinaus wurde die Gleichberechtigung der Berufsfachschulen thematisiert.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Forderungen der Netzwerk-Koordinatoren nach einer Erhöhung der Zahl der Stellen in der Besoldungsgruppe A 12 sowie der Schaffung einer neuen Besoldungsgruppe A 13 (gehobener Dienst) für Koordinatoren für Fachpraxis sowie die Koordination im Bereich der Mittelstufenschule und des Schulversuchs „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)“, um mehr Leistungsanreize und Perspektiven für die Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer zu schaffen. Die Abgeordneten betonten, dass vor dem Hintergrund des Lehrermangels im Berufsschulbereich dringender Handlungsbedarf besteht.

Auch die Forderung nach einer Änderung der Pflichtstundenverordnung stieß auf Verständnis bei den Abgeordneten der SPD-Fraktion. Fachpraxislehrkräfte erhalten aufgrund ihrer Laufbahngruppe (gehobener Dienst) und ihrer Vorbildung, die dem Meisterbrief gleichgestellt ist, weniger Gehalt, haben aber zusätzlich eine Unterrichtsmehrverpflichtung von einer Wochenstunde. Nach Auffassung der Netzwerk-AG sollen alle an einer beruflichen Schule unterrichtenden Lehrkräfte – unabhängig von ihrer Vorbildung – die gleiche Unterrichtsverpflichtung haben.

In dem Gespräch sagten die Abgeordneten Degen, Hartmann und Strube zu, die Anliegen der Netzwerk-Koordinatoren in einer parlamentarischen Initiative aufzugreifen.

FDP-Landtagsfraktion

Am gleichen Tag trafen sich die Mitglieder des Leitungsteams mit dem bildungspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Moritz Promny (MdL).

Gesprächshintergrund waren auch hier die „Wahlprüfsteine“ der Arbeitsgemeinschaft, die sie vor der Landtagswahl 2018 an alle bildungspolitischen Sprecher der damaligen Landtagsfraktionen übersandt hatte. Darin forderte die Netzwerk-AG die Fraktionen auf, Stellungnahmen zu den seit Jahren bestehenden Forderungen der „Fachpraxislehrkräfte“ an beruflichen Schulen abzugeben.

Hierbei geht es unter anderem um mehr Stellen in der Besoldungsgruppe A 12 und einer im Schulwesen neu zu schaffenden Besoldungsgruppe A 13 (gehobener Dienst) für Koordinatoren für Fachpraxis sowie die Koordination im Bereich der Mittelstufenschule und des Schulversuchs „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)“ sowie Funktionsstellen, die mit der Besoldungsgruppe A 12 vergütet werden sollen. Hierdurch sollen Leistungsanreize für die „Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer“ geschaffen werden, da A 11 für diese Lehrergruppe die Endstufe der Besoldung darstellt und es – außer Koordinationsaufgaben – keine Aufstiegsmöglichkeiten gibt.

Eine weitere Forderung ist die Änderung der Pflichtstundenverordnung. Zudem positioniere sich das Hessische Kultusministerium nicht eindeutig zur Zukunft der Fachpraxislehrkräfte an den Berufsschulen. Gemeinsam mit MdL Promny erörterte das Leitungsteam die zentralen Anliegen des Netzwerkes. Analog zu den letzten Gesprächen mit den Freien Demokraten und der Antwort auf die Wahlprüfsteine ergaben sich inhaltliche Schnittmengen. Promny sagte zu, diese in einer parlamentarischen Anfrage aufzugreifen.

Die Wahlprüfsteine und die Stellungnahmen der Fraktionen sowie weitere Infos über die Netzwerk-AG der Koordinatoren für Fachpraxis finden Sie auf www.fachpraxis-in-hessen.de.

NETZWERK-AG DER KOORDINATORINNEN UND KOORDINATOREN FÜR FACHPRAXIS AN BERUFLICHEN SCHULEN IN HESSEN

Sprecher des Leitungsteams:

Siegfried Groß c/o

Kaufmännische Schulen, Leopold-Lucas-Straße 20, 35037 Marburg
FON 06421 201-1710 , FAX 06421 201-1427

Caroline Hagel c/o E

Isabell-Knipping-Schule, Mombachstraße 14, 34127 Kassel
FON 0561 820129-0 FAX 0561 820129-32

MAIL info@fachpraxis-in-hessen.de

MAIL fachpraxis-in-hessen@t-online.de

NET www.fachpraxis-in-hessen.de



Nachrichten aus dem HPRL IV-2019

VON JÜRGEN HARTMANN

Aufsichtsverordnung

Bei der Erörterung der Aufsichtsverordnung wurde von Seiten des Hauptpersonalrates (HPRL) für sinnvoll befunden, eine Erweiterung auf Schülerinnen und Schüler vorzunehmen, die nicht an der Schule, an der die Aufsicht gestellt werden muss, beschult werden. Dies tritt zum Beispiel dann auf, wenn an Schulen Ferienveranstaltungen angeboten werden (z. B. Osterferien camps), die auch für Nichtschülerinnen bzw. -schüler dieser Schule offen seien. Der HPRL wies darauf hin, dass es problematisch sei, wenn in einem Schadensfall nicht klar sei, ob Unfallversicherungsschutz für diese Personen bestehe. Das Kultusministerium wurde gebeten, für diese Personengruppe pragmatische Lösungen zu finden. Es sagte zu, sich mit den kommunalen Spitzenverbänden bezüglich dieser Frage auseinanderzusetzen.

→ Aufsicht Schwimmunterricht

Der HPRL verwies darauf, dass die im Entwurf vorgesehene Aufsicht sowohl über das Schwimmer- als auch das Sprungbecken nicht von einer Person zu leisten sei. Weiterhin gebe es u. U. auch Schülerinnen und Schüler, die nicht aktiv teilnahmen, aber in der Schwimmhalle anwesend seien und ebenfalls beaufsichtigt werden müssten.

→ Erste-Hilfe-Kurse

Die Dienststelle sagte zu, dass die Gebühren für die EH-Kurse der LiV durch das Land Hessen getragen würden.

Projekt E-Recruiting

Zu diesem bereits seit einigen Jahren aufgelegten Projekt, das mittlerweile weit fortgeschritten zu sein scheint und vor der landesweiten Einführung steht, gab es vom Kultusministerium Informationen über den aktuellen Stand. Insbesondere interessierte den HPRL die konkrete Beteiligung der Personalräte auf den jeweiligen Ebenen bei diesem Verfahren. Wie bereits in früheren dlh-Nachrichten berichtet, bestünde dabei auch weiterhin das Problem, dass personalisierte dienstliche Emailadressen im Kultusbereich in großen Teilen fehlen. Der vorgesehene Terminplan solle aber bestehen bleiben. Zum 01.11.2019 sollen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesdienstes auf das E-Recruiting-System freigeschaltet werden. Der dlh meint an dieser Stelle, dass durch fehlende dienstliche Emailadressen den Betroffenen kein Nachteil entstehen dürfe. Der dlh findet es hilfreich, dass nun endlich die Ankündigung des Kultusministers erfolgt ist, dienstliche Emailadressen voraussichtlich bis zum Schuljahresende 2019/2020 bereitzustellen. Damit wird eine über zehn Jahre alte Forderung des HPRL und des dlh in die Tat umgesetzt.

In einer Übergangszeit nach dem 1.11.2019 sollen sukzessive alle Ausschreibungs- und Stellendatenbanken mit der Stellensuche in E-Recruiting ersetzt werden. Wenn die Umstellung abgeschlossen sei, bestehe für alle Interessenten die Möglichkeit, sich über E-Recruiting online zu bewerben.

Der HPRL erkundigte sich darüber, ob die bis heute zugänglichen Stellenausschreibungen auch weiterhin öffentlich zugänglich seien. Dies wurde von den Vertretern der Dienststelle prinzipiell bejaht, es würde sich zwar die Technik im Hintergrund ändern, die

Stellen der Veröffentlichung seien aber weiterhin vorgesehen. Dies betreffe die Internetseite des HKM, das Karriereportal des Landes Hessen und die Stellendatenbank im Mitarbeiterportal.

Das Ranglistenverfahren der Lehrkräfte bleibe weiterhin fester Bestandteil der Personalbeschaffung, die Eingabe könne künftig dann elektronisch erfolgen.

Wichtig an dieser Stelle erschien dem HPRL und dem dlh, dass bei diesem Verfahren der gleichberechtigte Zugriff z. B. von Schulleitung und Schulpersonalrat sichergestellt werden müsse.

Der dlh meint, dass man gespannt sein dürfe wie sich die Dinge in diesem Bereich entwickeln. Schritte hin zu einer besseren Verfügbarkeit von Stellenausschreibungen und die beabsichtigte Einführung der personenbezogenen Emailadressen im Kultusbereich zum Ende dieses Schuljahres sind Schritte in die richtige Richtung. Dabei sind auftretende Probleme (z.B. im Datenschutz oder die Gefahr der drohenden Entgrenzung der Arbeitszeit) zügig in den Blick zu nehmen und es ist für Abhilfe zu sorgen. Technisch sollte dies in der heutigen Zeit kein Problem mehr darstellen, aber der Teufel steckt meist im Detail.

Gewährung eines Vorschusses zum Erwerb eines Fahrrades

Dem HPRL wurde mitgeteilt, dass in der Richtlinie für die Gewährung eines Vorschusses zum Erwerb eines Fahrrades (Fahrrad-RL) vom 20. November 2018 (StAnz. S. 1428) die Staatlichen Schulämter und die Lehrkräfteakademie die Befugnis übertragen bekommen haben, über die Gewährung von Vorschüssen nach der Fahrradrichtlinie zu entscheiden. Die Landesregierung unterstützt damit den umweltverträglichen Fahrradverkehr und die Fahrradmobilität der Landesbediensteten (zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) mit einem unverzinslichen Vorschuss zum Erwerb eines Fahrrades.

Der dlh meint, dass dies eine gute und sinnvolle Unterstützung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die in Nähe ihrer Dienststelle leben, ist. Eine Evaluation in Kürze scheint angebracht, insbesondere falls eine Ausweitung der Unterstützung auf weitere Bereiche in der E-Mobilität angedacht ist.

Einstellung in den Vorbereitungsdienst zum 01. Mai 2019

Auch zu diesem Termin zeigte sich die Einstellungssituation wie im Jahr 2018. Ohne Angebot für einen Platz im pädagogischen Vorbereitungsdienst blieben hauptsächlich Bewerberinnen und Bewerber im gymnasialen Lehramt. Zum 01. Mai blieben über 500 Bewerbungen, und damit ungefähr die Hälfte, ohne Angebot. Allein im Fach Deutsch gab es zu diesem Termin über 400 Bewerbungen, davon mehr als 270, die ohne Angebot verblieben. Ab einem Notenschnitt von 1,4 mussten hier die Plätze verlost werden. Hingegen gibt es im gymnasialen Lehramt auch einzelne Fächer, in denen alle Bewerberinnen und Bewerber ein Angebot erhielten. Dies waren zu diesem Termin die Fächer Chemie, Informatik, Kunst, Musik und Physik. Aus dieser Tatsache schließt der dlh, dass gerade mit diesen Fächern ein Berufsleben außerhalb der Schule bzw. des öffentlichen Dienstes offensichtlich attraktiver erscheint und somit auch hier in Zukunft ein Mangel an Bewerbungen auftreten könnte.

Die Situation für das gymnasiale Lehramt wird sich voraussichtlich trotz Überbuchung in diesem Bereich verschärfen, da sich



auf den Ranglisten Bewerbungen mit bis zu drei Wartepunkten befinden.

Im Haupt- und Realschulbereich blieben ungefähr 20% der Bewerbungen ohne Angebot. Allerdings sind hier die Listen weitestgehend leer, so dass aus Sicht des dlh berechtigte Hoffnung für die Bewerberinnen und Bewerber besteht, in diesem Bereich alsbald einen Ausbildungsplatz zu erlangen.

In den anderen Lehrämtern (Grundschule, Förderschule, berufliche Schule) konnte allen Bewerberinnen bzw. Bewerbern ein Einstellungsangebot unterbreitet werden. Der dlh ist der Auffassung, dass aufgrund des absehbaren weiteren Bewerbermangels in diesen Lehrämtern die Situation kurz- bis mittelfristig so bleiben wird.

Stellenzuweisung und Mentoren-Entlastung

Bei der Stellenzuweisung zum neuen Schuljahr traten bei der Erörterung im HPRL nur wenige Fragen auf. Es wurde u. a. die Liste für die Stellen für schulübergreifende Projekte und Maßnahmen (PROSÜM) angefragt. Die Mentoren-Entlastung, die zum 01.02.2019 den Schulen zugewiesen wurde (eine Stunde je Lehrkraft im Vorbereitungsdienst, kurz: LiV) und insgesamt mit mehr als 140 Stellen ausgewiesen ist, scheint an den Schulen angekommen zu sein. Der dlh ist sich sicher, dass damit ein erster guter Beitrag für alle Mentorinnen und Mentoren geleistet wurde, der an dieser wichtigen Funktion in Ausbildung sehr gut angelegt ist. Sollte es noch Mentorinnen oder Mentoren geben, die noch nicht von dieser Entlastung profitiert haben, empfiehlt der dlh, sich an den örtlichen Personalrat zu wenden.

Landtagsanhörungen

Gegen Ende der Sommerpause erreichten auch den HPRL die beiden dringlich vor den Sommerferien eingebrachten Gesetzesentwürfe, die im Kulturpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtages am 21. August behandelt wurden. Zum einen ging es dabei um die Umsetzung des Digitalpaktes, zum anderen um einen Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, der als Dringlichkeitsantrag im Vorfeld der Novelle zum Lehrerbildungsgesetz eingebracht wurde. Damit war wohl von der SPD-Fraktion intendiert, für die eigenen Vorstellungen zu werben. Die Aufmerksamkeit nicht nur der anderen Fraktionen

→ war damit, unter anderem durch die Überweisung in den kulturpolitischen Ausschuss, sichergestellt. Einem Großteil der darin enthaltenen Vorschläge und Maßnahmen stand der dlh allerdings kritisch gegenüber. Positiv konnte der dlh dem vorgelegten Gesetzesentwurf abgewinnen, dass er vorsah, die zu leistenden Unterrichtsstunden der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in keiner Weise auf die Stellenzuweisung der jeweiligen Ausbildungsschule anzurechnen.

Der Digitalpakt, der vom Bund in diesem Frühjahr durch eine Grundgesetzänderung möglich gemacht wurde, bedeutete für die Länder, dass diese dazu aufgerufen waren eine Umsetzung herbeizuführen. Die Fraktionen der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dazu in einer Eilausfertigung einen Gesetzesentwurf zur Förderung der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur vorgelegt. Dieser beinhaltet die Vorgaben, wie die vom Bund für das Land Hessen zur Verfügung gestellten 372,1 Mio. Euro zu verteilen seien. Da die Länder und Kommunen durch den Bund verpflichtet wurden, sich an den investiven Maßnahmen mit 10 Prozent zu beteiligen, griffen in Hessen die Regierungsfaktionen diese Verpflichtung konstruktiv auf und vergrößerten ihren Eigenanteil

auf 25%. Damit steht insgesamt ein Volumen in den nächsten fünf Jahren von fast einer halben Milliarde Euro für die Investition in Bildungsinfrastruktur zur Verfügung. So herrschte auch innerhalb des HPRL Einigkeit, dass diese Mittel möglichst bald und zielgerichtet an die Schulen gelangen sollten.

Der dlh findet, dass die vom Bund den Ländern im Digitalpakt zur Verfügung gestellten Mittel eine gute Sache sind. Die Schulen, nicht nur im Land Hessen, werden von diesen Geldern profitieren und vieles, was vor wenigen Jahren im Bereich der Digitalisierung noch undenkbar oder besser: unfinanzierbar erschien, wird möglich werden bzw. auf den Weg gebracht werden können. Der dlh hält diesen Betrag aber nur für einen ersten Anschlag und fände es hervorragend, würde sich ein Weg finden lassen, diese Mittel als Zukunftsinvestition zu verstetigen. Somit könnte bereits über die nächsten Jahre hinaus an Schulen geplant werden. Dies würde einer Verlässlichkeit an den Schulen erheblich entgegenkommen und Folgekosten mit einbeziehen. Die Wichtigkeit von Ruhe und Verlässlichkeit von Schule scheint sich aus Sicht des dlh mittlerweile herumgesprochen zu haben.

Als ein erster Schritt wurden von Kultusminister Lorz in der Anhörung die personalisierten Emailadressen noch in diesem Schuljahr in Aussicht gestellt.

Personelle Veränderungen in der dlh-Fraktion

In der letzten HPRL-Sitzung des Schuljahres 2018/19 vor den Sommerferien wurde Edith Krippner-Grimme als Hauptpersonalratsmitglied verabschiedet. Die Vorsitzende des HPRL, Angela Scheffels, dankte für die langjährige Arbeit im Gremium und wünschte einen wohlverdienten Ruhestand.

Dem HPRL gehört somit ab diesem Schuljahr Annabel Fee als ordentliches Mitglied an und wurde zur Fraktionsführerin gewählt. Ulrike Rau wird neue Nachrückerin der dlh-Fraktion.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde am 26. Juni 2019 anlässlich der dlh-Verbandsleitungssitzung wurde rückblickend der letzten 8 Jahre Hauptpersonalratszeit von Edith Krippner-Grimme gedacht und für den anstehenden (Un-)Ruhestand im Namen der drei Mitgliedsverbände des dlh alles Gute gewünscht.

Edith Krippner-Grimme bleibt der dlh-Verbandsleitung als Landesvorsitzende weiterhin erhalten.

Fortbildungen des dlh und seiner Mitgliedsverbände glb, HPhV und VDL

23.10.2019:	Schnupperkurs Wahlvorstand und / oder Personalrat (Klein-Linden)
30.10.2019:	Schnupperkurs Wahlvorstand (Wiesbaden)
31.10.2019:	Schnupperkurs Wahlvorstand (Kassel)
19.11.2019:	Schnupperkurs Wahlvorstand und / oder Personalrat (Fulda)
	(nähere Informationen auf den Homepages bzw. bei der Hessischen Lehrkräfteakademie)

Ausbildung 4.0: Digitalkompetenz statt Mangelwirtschaft

Pressemitteilung zum Thema *Digitalkompetenz in der beruflichen Bildung*

BvLB fordert mit Blick auf den DGB-Ausbildungsreport 2019: Berufliche Schulen müssen Kompetenzzentren für berufliche Bildung in der digitalen Transformation werden.

Um bei der dynamisierten Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft Schritt halten zu können, muss die berufliche Bildung „Jenseits des Kabels“ auf allen Feldern revolutioniert und intelligente Konzepte entwickelt werden. Das fordert der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. schon lange und hat gesetzte Standards bei der Digitalisierung des schulischen Alltags definiert: Gigabit für alle, leistungsstarkes W-LAN in allen Klassenräumen, „Bring your own device“ (BYOD) und Cloudtechnologie. Nur vielfach fehlt die technische Ausstattung noch, ebenso wie der Breitbandanschluss und qualifizierte Lehrkräfte. Das offenbart auch der diesjährige Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der jüngst in Berlin vorgelegt wurde und für den über 16 000 Auszubildende befragt wurden.

„Die Ausbildung 4.0 kämpft mit einer Mangelwirtschaft anstatt mit Digitalkompetenz zu trumpfen“, sagt Joachim Maiß, einer von zwei BvLB-Bundesvorsitzenden und betont: „Die beruflichen Schulen sind das Bindeglied zur Wirtschaft. Die Anforderungen der Betriebe sind maßgeblich für das, was wir vermitteln. Dabei haben wir im Zuge der Digitalisierung die schwierige Aufgabe, für eine Zukunft auszubilden, von der man nicht weiß, wie sie aussieht“, sagt Maiß und manifestiert: „Berufliche Schulen müssen Kompetenzzentren für berufliche Bildung in der digitalen Transformation werden.“

Um hier erfolgreich sein zu können, müssten Technik und Didaktik zusammengeführt werden. Die berufliche Bildung braucht Learn-Labs, wo die Transformation gelebt wird sowie digitale Klassenräume, die über Schulgrenzen hinweg untereinander vernetzt sind und einen Wissenstransfer ermöglichen. „Die Politik muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und das notwendige Geld zur Verfügung stellen, um die technisch notwendige Ausstat-

tung flächendeckend zu gewährleisten und entsprechende Aus- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte aufsetzen zu können“, fordert Eugen Straubinger, ebenfalls Bundesvorsitzender des BvLB.

Zu diesem Schluss kommt auch die DGB-Bundesjugendsekretärin Manuela Conte und sagte bei der Präsentation des Ausbildungsreports 2019: „Zu einer guten Ausbildung gehören eine bessere technische Ausstattung und die Vermittlung von digitalen Kompetenzen ebenso dazu, wie besser qualifiziertes Lehrpersonal und Breitbandanschlüsse für die beruflichen Schulen“. Nur ein Drittel (34,9 Prozent) der befragten Auszubildenden beurteilt die digitale Ausstattung ihrer Berufsschule als sehr gut oder gut. Ebenfalls ein Drittel (32,7 Prozent) sieht sich durch den Berufsschulunterricht nur ausreichend oder mangelhaft auf den Umgang mit digitalen Medien und Technologien gerüstet.

Nur 54 Prozent der befragten Jugendlichen sehen sich während ihrer Ausbildung gezielt darauf vorbereitet, digitale Technologien auch zu nutzen. Mit der Dauer der Ausbildung sinken diese Werte sogar noch. Während im ersten Lehrjahr noch mehr als drei Viertel (75,3 Prozent) der Auszubildenden optimistisch sind, was ihre Vorbereitung auf die digitale Arbeitswelt angeht, sind es kurz vor der Abschlussprüfung nur noch 60 Prozent (60,4%). Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sagte in Berlin: „Diese Zahlen machen uns Sorge.“

Der BvLB unterstützt die Forderung des DGB ausdrücklich, dass die Mittel aus dem Digital-Pakt von Bund und Ländern schnell und unbürokratisch an den beruflichen Schulen ankommen müssen. Überdies gilt es, das betriebliche Ausbildungspersonal besser zu qualifizieren. Die Ausbildereignungsverordnung (AEVO) sollte dafür dringend modernisiert werden. Denn nicht nur die beruflichen Schulen müssen bei der Digitalisierung besser werden, sondern auch die Unternehmen, die das Thema viel stärker im Arbeitsalltag verzahnen müssen.

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. vertritt in Deutschland über 39.000 Lehrerinnen und Lehrer.



Das Service-Learning-Programm „TELLUS | miteinander lehren – voneinander lernen“ startet erfolgreich in die vierte Runde an Beruflichen Schulen.

VON DR. NATALIE FAILLA-GRAHN UND GIANNA WULF



Nach einem erfolgreichen dritten Jahr ging das Programm „TELLUS | miteinander lehren – voneinander lernen“ im August 2019 in seine vierte Runde. Bisher wurden im Rahmen des TELLUS-Programms insgesamt 600 Schüler*innen an vier Beruflichen Schulen begleitet. Studierende relevanter Fachbereiche (Lehramt, Soziale Arbeit, Wirtschaftspädagogik, Erziehungswissenschaften und Psychologie) fördern die Schüler*innen in multiprofessionellen Teams und arbeiten dabei eng mit den Lehr- und Fachkräften der Sozialpädagogischen Förderung der Schulen zusammen.

Die Crespo Foundation hatte im August 2016 gemeinsam mit der Wilhelm-Merton-Schule sowie der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Frankfurt University of Applied Sciences das Service-Learning-Programm TELLUS aufgebaut. Bei der Konzeption wurde besonderes Augenmerk daraufgelegt, ein Service-Learning-Programm auf best practice-Niveau zu entwickeln, das sich durch eine gewissenhafte Vorbereitung der Studierenden auf ihre Arbeit in den kooperierenden Schulen sowie durch fortlaufende Reflexionen und Workshops während der Praktikumszeit auszeichnet.

Aktuell beteiligen sich die Wilhelm-Merton-Schule und die Philipp-Holzmann-Schule in Frankfurt am Main, die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach und die Brühlwiesenschule in Hofheim am Taunus an dem Programm. Damit künftig noch mehr Schüler*innen dabei unterstützt werden können, auf dem deutschen Arbeits- und Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen, wird eine Zusammenarbeit mit weiteren Schulen in Hessen angestrebt.

TELLUS richtet sich im Speziellen an Schulformen an Beruflichen Schulen, die von jugendlichen Seiteneinsteiger*innen (Geflüchtete, Spätaussiedler*innen und Zugewanderte) besucht werden. In den sogenannten InteA-Klassen und Bildungsgängen wie PuSch, BzB, BÜA

oder BVJ sollen pro Klasse bis zu 20 Jugendliche durch eine intensive Sprachförderung und allgemeinbildenden Unterricht in die Lage versetzt werden, auf dem deutschen Arbeits- und Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen. Die Stiftung hat die Schülerschaft als besonders förderbedürftige Gruppe identifiziert, denn es bleibt ihr nur wenig Zeit, um Deutsch zu lernen und berufliche Perspektiven zu entwickeln. Diese Aufgabe ist angesichts der heterogenen Zusammensetzung, besonders durch die sehr unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Schüler*innen eine große Herausforderung für die Lehr- und Fachkräfte.

In den ersten drei TELLUS-Jahren waren 72 % der 600 unterstützten Schüler*innen männlich. 86 % der Schüler*innen hatten eine Fluchtgeschichte, 13 % eine Migrationsgeschichte ohne Fluchthintergrund. Über den gesamten Zeitraum hin betrachtet waren 64 % der Schüler*innen unter 18 Jahre alt und 36 % zwischen 18 und 24 Jahre alt.

„Das ist das erste Jahr mit TELLUS-Studierenden, und ich kann mir jetzt schon keinen Schultag mehr ohne sie vorstellen.“ (Herr Niclaus, Schulleiter der Brühlwiesenschule in Hofheim)

Im aktuellen vierten Projektjahr begleiten 29 Studierende der Goethe-Universität und der Frankfurt University of Applied Sciences insgesamt 21 Klassen an vier Beruflichen Schulen. Ein Jahr lang engagieren sich die Studierenden der relevanten Fachbereiche in multiprofessionellen Tandems rund zehn Stunden pro Woche im Unterricht, aber auch außerhalb des Klassenzimmers. Sie unterstützen und begleiten die Jugendlichen etwa beim Schreiben von Bewerbungen, bei Behördengängen oder gemeinsamen Aktivitäten. Damit helfen sie den Schüler*innen, sich im deutschen Schul- und Berufsbildungssystem zurechtzufinden, eigene Perspektiven zu entwickeln und erste Kontakte für ihre berufliche Laufbahn herzustellen. In Schulungen werden die Studierenden auf ihren Einsatz in den Klassen und die damit verbundenen Anforderungen vorbereitet. Eine professionelle Supervisorin begleitet die Studierenden bei den besonderen Herausforderungen in der Arbeit. Zudem werden die Erfahrungen der Studierenden in Begleitseminaren an den jeweiligen Hochschulen reflektiert. Auf diese Weise können die Studierenden ihre jeweils im Studium verlangten Pflichtpraktika absolvieren. Darüber hinaus sammeln sie didaktische und sozialpädagogische Erfahrungen für ihr späteres Berufsleben. **Alle in TELLUS beteiligten Personengruppen profitieren von dieser außergewöhnlichen Konstellation:** Die Jugendlichen erhalten eine intensivere schulische und außerschulische Betreuung sowie die Chance auf eine geeignete berufliche Anschlussperspektive, die Lehr- bzw. Fachkräfte der Sozialpädagogischen Förderung werden unterstützt, und die Studierenden sammeln wertvolle Erfahrungen, die zudem unmittelbar studien- und berufsrelevant sind.

Ausblick

Die Programmverantwortlichen der Crespo Foundation werden gemeinsam mit den Vertreter*innen der Goethe-Universität Frankfurt am Main an der 14. Jahrestagung des „Hochschulnetzwerks Bildung durch Verantwortung e.V.“ am 21. und 22. November 2019



in Essen teilnehmen und das Programm sowie bisherige universitäre Evaluierungsergebnisse vorstellen.

Interessierte Schulen können sich jederzeit unter

<https://www.crespo-foundation.de/tellus/informieren>.
Bei Fragen können Gianna Wulf oder Dr. Natalie Failla-Grahn unter der Telefonnummer 069 / 2710795-12 bzw. -16 oder per E-Mail an tellus@crespo-foundation.de kontaktiert werden.

Das TELLUS-Programm wird realisiert durch die Crespo Foundation

Menschen stark machen! Das ist das Motto der Crespo Foundation, die ihre Aufgabe darin sieht, Menschen in den entscheidenden Phasen ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und sie dazu zu motivieren, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Im Arbeitsschwerpunkt „Begleitung auf dem Bildungsweg“ werden Menschen, die sich persönlich weiterentwickeln wollen, auf ihrem schulischen und beruflichen Weg gestärkt. Mit dem Programm „TELLUS | miteinander lehren – voneinander lernen“ leistet die Crespo Foundation an den kooperierenden Schulen einen wichtigen Beitrag zur schulischen und

beruflichen Integration junger Menschen mit Migrationsgeschichte. Das TELLUS-Programm wird realisiert durch die Kooperation mit Beruflichen Schulen, dem Evangelischen Verein für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main e.V., der Frankfurt University of Applied Sciences und der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Begleitet und unterstützt wird das TELLUS-Programm von der Heraeus Bildungstiftung, der JPMorgan Chase Foundation und der Starke Bande-Stiftung für Familientherapie und Familienhilfe.



Weitere Informationen zu TELLUS finden Sie hier:

www.crespo-foundation.de/tellus/



Berufsbildungskongress - Workshop 24/7 Lehrerarbeitszeit

VON ALEXANDER NEUHOFF



Der diesjährige Führungskräftekongress unseres Dachverbandes BvLB in Berlin stand unter dem Motto „Jenseits des Kabels“ und beleuchtete kritisch den Schritt zur Digitalisierung aus verschiedenen Blickwinkeln. Ich habe als Referent des Workshops 24/7 Lehrerarbeitszeit, in dem Herr Professor Wilbers von der Uni Erlangen-Nürnberg seine Ansichten zur Neuregelung der Arbeitszeit vorstellte, teilgenommen. Weitere Podiumsreferent*innen waren Frau Schneider-Pungs (Teacher Engagement Manager von Microsoft), Herr Geiser (wissenschaftlicher Mitarbeiter), Herr Köhler (Rechtsexperte des dbb) und Herr Teyke (StR).

Herr Professor Wilbers spricht von einem „alternativen Arbeitszeitmodell“, das auch im Rahmen der Digitalisierung den gesetzlichen Anforderungen entsprechen muss. Dies bedeutet, zukünftige Ent-

wicklungen der „flexiblen Anforderungen“ an uns Lehrer*innen an die dadurch geänderten Arbeitszeiten anzupassen. Die individuellen Unterschiede, unterschiedlichen Schulformen und -fächer sowie die unterschiedlichen Belastungen im Jahresablauf sind nach meiner Meinung mit dem momentan vorherrschenden Arbeitszeitmodellen zukünftig nicht mehr vereinbar!

Eine typische Vereinbarung, wie in vielen Unternehmen, wäre auch für Schulen möglich: zeitliche Regelungen bzgl. Regelarbeitszeit und Erreichbarkeit sowie natürlich auch eine Unerreichbarkeitsregelung. Einen weiteren Punkt stellen die Präsenzzeiten jenseits der Unterrichtszeit dar: Momentan existiert noch keine diesbezügliche Regelung!

Konkret wären eine geringere Präsenzzeit (wie z. B. in Norwegen mit 17-18 Unterrichtsstunden pro Woche und einer gesamten - inklusive der Unterrichtsstunden - Anwesenheitspflicht von 32 Stunden in der Schule) und eine Vertrauensarbeitszeit vorstellbar. In der Diskussionsrunde wurde deutlich, dass wir Kollegen*innen mit der momentanen Unterrichtsverpflichtung von mindestens 24,5 Stunden erheblich über der 40-Stunden-Woche liegen. Daraus ergibt sich ein klarer Auftrag an den BvLB, sich zukünftig stark für eine neue Regelung/Erfassung der Arbeitszeit in der digitalen Welt einzusetzen. Im Konkreten ist besonders auf die Gerechtigkeit, die Motivation und die Gesundheit unserer Lehrkräfte an Beruflichen Schulen zu achten. Auch die Vertreterin aus der Wirtschaft, Frau Schneider-Pungs von Microsoft (ein Unternehmen, das eine eher projektorientierte Arbeitszeitregelung lebt), konnte sich am Ende den Argumenten unserer Podiumsteilnehmer nicht mehr verschließen. Darüber hinausgehende Informationen werde ich in der kommenden Ausgabe von Impulse kommunizieren.



BvLB fordert Berufsschulpakt zur Digitalisierung

Berufsbildungskongress „Jenseits des Kabels“ am 14. und 15. November im dbb-forum Berlin – 350 Experten beleuchten digitalen Status Quo und erarbeiten Handlungsempfehlungen

Die digitale Transformation ist längst in der Schule angekommen. Die technischen Standards – wenn auch noch nicht überall erfüllt – sind aus Sicht des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung e. V. (BvLB) gesetzt: Gigabit für alle, leistungsstarkes W-LAN in allen Klassenräumen, „bring your own device“ (BYOD) und Cloudtechnologie. Doch „Jenseits des Kabels“ herrscht im bildungspolitischen Alltag Unklarheit: Wie sehen Konzepte für eine zukunftsorientierte digitale Bildung aus? Für welche Berufswelt müssen berufliche Schulen künftig ausbilden? Und wie soll die Lehrerbildung als Voraussetzung für eine gelingende Digitalisierung aussehen?

Eine zentrale Forderung, um bundesweit schnell und rechtlich sicher Standards zu gewährleisten, ist die Vereinbarung eines Berufsschulpakts analog zum Hochschulpakt, darin waren sich Politik, Wirtschaftsvertreter und Verbände unisono einig. MdB Dr. Jens Brandenburg (FDP) sagte: „Ich bin absolut für einen Berufsschulpakt, um die nötigen zusätzlichen Gelder frei zu schaufeln und den Gestaltungsraum für die Lehrerbildung zu schaffen.“

Bei dem BvLB-Berufsbildungskongress am 14. und 15. November 2019 im dbb-forum Berlin wurden zentrale Fragen rund um die Digitalisierung – versehen mit viel Input von namhaften Experten aus Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft – mit 350 Berufspädagogen aus ganz Deutschland sowie Vertretern aus Ministerien und Landes-schulbehörden heiß diskutiert. „Wir haben in der Vergangenheit schon

mehrfach die offenkundigen Probleme, an denen die Umsetzung der Digitalisierung an den Berufsschulen zu scheitern droht, benannt“, betonte BvLB-Bundesvorsitzender Eugen Straubinger. „Jetzt geht es darum, einen politischen Forderungskatalog zu schnüren, der klare Handlungsempfehlungen beinhaltet. Diese Handlungsempfehlungen werden der Politik in den nächsten Wochen übergeben“, sagte Joachim Maiß, BvLB-Bundesvorsitzender.

Schirmherrin des BvLB-Berufsbildungskongresses war Dorothee Bär. Die Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung eröffnete die Konferenz mit einem Grußwort. Als Keynote-Speaker leitete Glenn Gonzales, Chief Technology Officer (CTO) bei SAP Deutschland, in das Thema „Künstliche Intelligenz“ ein und zeigte, wie weit KI mittlerweile den Alltag dominiert.

Prof. Dr.-Ing. Prof. e. h. Wilhelm Bauer, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), gab als zweiter Keynote-Speaker „Einblicke in die Arbeitswelt von morgen und übermorgen“. Bevor die erste Foren-Session zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen, gefächert nach den drei Säulen „Schule“, „Bildung“ und „Lehrkräfte“, startete, gab es einen Open-Space-Austausch zu den Impulsen aus Politik und Wirtschaft.

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. vertritt in Deutschland über 39.000 Lehrerinnen und Lehrer.

Save the date

Am 06. Februar 2020 lädt der Kreisverband Limburg-Weilburg zu einer Informationsveranstaltung zum Thema

Beamtenversorgung von Lehrerinnen und Lehrern an Beruflichen Schulen ein.

Wir konnten erfahrene und fachlich versierte Referenten aus dem Regierungspräsidium Kassel gewinnen. Auf dem vom dlh veranstalteten Nachmittag werden unter anderem folgende interessante Fragestellungen behandelt:

- Wie wirken sich Teilzeitbeschäftigungen und Beurlaubungen auf die Altersversorgung aus?
- Wie kann ich mein Berufsleben langsam ausklingen lassen ohne zu starke Einschnitte in der Versorgung in Kauf nehmen zu müssen?

Die Teilnehmenden können bereits erhaltende Versorgungsauskünfte mitbringen, die Referenten nehmen sich im Anschluss an die Veranstaltung gerne die Zeit, individuelle Fragen dazu zu beantworten. Die Teilnehmendenzahl ist auf 70 Teilnehmende begrenzt. Wir bitten um zügige Anmeldung unter s.redling@wks-weilburg.de

Ort der Veranstaltung:

Aula der Wilhelm-Knapp-Schule Weilburg, Frankfurter Str. 39, 35781 Weilburg

Termin: 06. Februar 2020, 14:00 – 16:30 Uhr



Hessischer Seniorinnen- und Seniorentag des dbb 2019

VON BARBARA SCHÄTZ, SENIORINNEN- UND SENIORENVERTRETERIN DES GLB

Der Hessische Seniorinnen- und Seniorentag hatte das Motto „Das Gemeinwesen gestalten – gestern, heute und morgen“. Er stand im Zeichen der erstmals anstehenden Neuwahlen seit der Konstituierung in 2014. Besondere Gäste waren der Ehrenvorsitzende des dbb Hessen, **Walter Spiess**, und das Ehrenmitglied **Heinz-Dieter Hessler**.

Die Wahlen bestätigten einstimmig den alten Vorstand in seinen Ämtern. Somit wird die dbb-Seniorinnen- und Seniorenvertretung des dbb Hessen in den nächsten fünf Jahren wiederum geleitet vom Vorsitzenden **Helmut Deckert (VBE)**, den stellvertretenden Vorsitzenden **Hannelore Andree (DVG)** und **Paul Ulrich Antweiler (DStG)**. Beisitzer bleiben **Ursula Münzberg (DStG)** und **Heinz-Dieter Hessler (BSBD)**.

In der anschließenden öffentlichen Veranstaltung begrüßte Frau Andree den Landesvorsitzenden des dbb Hessen, Heini Schmitt, den Bundesvorsitzenden der dbb- Bundesseniorenvertretung, **Dr. Horst Günther Klitzing**, dessen Stellvertreter **Siegfried Damm** sowie als Entsandte der im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen die Abgeordneten **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU)**, **Dr. Daniela Sommer (SPD)**, **Robert Lambrou (AfD)** und **Yanki Pürsün (FDP)**.

Der Landesvorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt gratulierte in seinem Grußwort zunächst dem neugewählten Vorstand zu seiner Wiederwahl und erwähnte, dass die Seniorenvertretung in Hessen einen besonderen Stellenwert genieße, da sie über ihren Vorsitzenden mit Sitz und Stimme in der Landesleitung des dbb Hessen vertreten sei.

In seinem anschließenden Kurzreferat zum Thema „Wo steht der öffentliche Dienst in Deutschland und in Hessen?“ wies er besonders auf die derzeit bestehenden Nachwuchsprobleme hin und wie wichtig es sei, dass es Kolleginnen und Kollegen ermöglicht werde, rechtzeitig vor dem Wechsel in den Ruhestand ihr Erfahrungswissen an ihre Nachfolger weiterzugeben. Eine Forsa-Umfrage habe ergeben, dass die Mehrzahl der Bundesbürger den Eindruck habe, dass der Öffentliche Dienst nicht mehr in der Lage sei, seine Aufgaben vollständig zu erfüllen. Umso notwendiger sei eine Verbesserung der Personalausstattung.

Er erwähnte ferner die Erfolge des dbb Hessen beim diesjährigen Tarifabschluss sowie dessen zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtenbesoldung. Dabei lege der dbb Hessen stets Wert darauf, dass die Versorgungsempfänger nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Hinsichtlich der noch anhängigen Klageverfahren zur Beamtenbesoldung werde noch dieses Jahr mit einer grundlegenden Entscheidung gerechnet.

In Sachen Unfallgefahr durch E-Scooter habe sich der dbb Hessen klar positioniert. Zudem habe der dbb ein Positionspaper zum Thema Digitalisierung sowie einen vollständigen Gesetzesvorschlag zur Novellierung des HPVG vorgelegt.

In seinem anschließenden Grußwort erwähnte der Vorsitzende der Bundesseniorenvertretung des dbb **Dr. Klitzing** die Vorreiterfunktion des dbb Hessen, der als einer der ersten Verbände schon frühzeitig Seniorenvertretungen bei sich und den angeschlossenen Fachgewerkschaften etabliert habe. Wichtig sei, dass die Arbeit mit und für die Senioren von der Basis ausgehe. Bedeutend für die politische Schlagkraft der Seniorenarbeit sei es auch, dass die Senioren beim Wechsel in den Ruhestand weiterhin Mitglied bleiben. Nur so könne sich der dbb im Gespräch mit der Politik für deren Wertschätzung und die Würdigung ihrer Lebensarbeit einsetzen. Seniorenpolitische Gespräche würden auf Bundesebene nicht nur mit Politikern geführt, sondern auch mit anderen Institutionen wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), deren Mitglied der dbb sei. Wesentliche Themen seien derzeit die Pflege im Alter, altersgerechtes Wohnen und eine größere soziale Teilhabe der Senioren bei Infrastrukturmaßnahmen. Der Staat habe viel zu spät erkannt, dass die Nachfrage nach Pflegeplätzen größer werde. Hier reiche es nicht, die politischen Beschlüsse zu fassen, sondern es müsste auch rechtzeitig für zusätzliches Pflegepersonal gesorgt werden. Im Rahmen von Digitalisierungsmaßnahmen sei es notwendig, dass das Internet als Hilfe im alltäglichen Leben den Senioren jederzeit und überall zur Verfügung stehe und damit auch eine Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht werde, wenn die Mobilität nachlasse.

In ihren Grußworten versicherten die **Vertreter der Landtagsfraktionen** übereinstimmend, dass die Seniorenpolitik für sie einen hohen Stellenwert besitze und sie der Seniorenvertretung des dbb Hessen stets für Anregungen und Gespräche zur Verfügung stünden.

Der anschließende wissenschaftliche Vortrag des Gastredners **Prof. Dr. Matthias Spörrle von der Privatuniversität Seeburg** zum Thema „**Menschliche Entscheidungsfindungen – Wie wir entscheiden und was dabei schiefgehen kann**“, bei dem sich die Zuhörer auch aktiv einbrachten, war kurzweilig und stieß bei allen Teilnehmern auf großen Widerhall.

Der Leitantrag des Seniorinnen- und Seniorentages untermauerte die Ansprüche der Senioren, die sich aus dem Motto des Seniorinnen- und Seniorentages ergeben. In zwei Anträgen beschäftigte sich der Seniorinnen- und Seniorentag mit der Forderung nach einer systemgerechten Übertragung der Mütterrente in das Beamtenversorgungsrecht des Landes Hessen sowie mit der Erhaltung des „Schutzraums Gehweg“ für Fußgänger, besonders auch für Senioren.



Bericht über den Hessischen Seniorinnen- und Senientag des dbb Hessen 2019

VON BARBARA SCHÄTZ, SENIORINNEN- UND SENIORENVERTRETERIN DES GLB

Der glb gratuliert dem Vorstand der Seniorenvertretung des dbb Hessen zu seiner Wiederwahl und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg bei seiner Arbeit. In den vergangenen 5 Jahren hat der Vorstand, wie der Bericht des dbb Hessen über den Seniorinnen- und Senientag zeigt, die Interessen und Bedürfnisse unserer Senioren*innen wirkungsvoll vertreten und dazu beigetragen, der Missachtung der älteren Generation in Politik und Gesellschaft entgegenzuwirken.

In dem im Bericht erwähnten Leitantrag weist der Vorsitzenden der dbb Seniorenvertretung Hessen mit Recht darauf hin, dass die Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes in der Regel ein Leben lang für einen funktionsfähigen Öffentlichen Dienst gesorgt haben und fordert:

- die Lebensleistung für die Allgemeinheit auch nach dem Ruhestand anzuerkennen,
- weiterhin an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken, sowohl in öffentlichen Gremien (Kommunalparlamenten, Ehrenamt u.a.) als auch im privaten Bereich,
- Möglichkeiten zu schaffen, das erworbene Wissen und Erfahrungen weiterhin für das Gemeinwesen nutzbar zu machen, - bei Maßnahmen des Staates als Dienstherr und Arbeitgeber, z.B. bei der Besoldung, nicht schlechter behandelt zu werden als aktiv Beschäftigte,

→ Altersdiskriminierung als kontraproduktiv für einen Einsatz in der demokratischen Gesellschaft zu ächten.

Mit Recht hoben Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen und Dr. Horst- Günter Klitzing, Bundesvorsitzender der dbb- Bundesseniorenvertretung hervor, dass Hessen schon frühzeitig den Wert der Seniorenarbeit erkannte, diese unterstützt und rechtlich verankert hat. Zu begrüßen ist deshalb der Wunsch von Heini Schmitt auf weiterhin gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Während der Veranstaltung wurde die Wertschätzung der Seniorenarbeit des dbb Hessen vom dbb auf Landes- und Bundesebene sowie der Politik deutlich sichtbar.

Bei den Grußworten der Vertreter*innen der Landtagsfraktionen kam zum Ausdruck, dass ihnen die Situation der Senioren*innen voll bewusst ist. Durch die gestiegene Lebenserwartung sind die heutigen Senioren*innen eine heterogene Gruppe mit den unterschiedlichsten Interessen und Bedürfnissen. Die einen sind noch sehr aktiv, die anderen benötigen Hilfe auf verschiedene Weise. Dem muss die Politik Rechnung tragen.

So kann man hoffen, dass die gewünschte und versicherte Zusammenarbeit von Politik und der Seniorenvertretung des dbb auf Landes- und Bundesebene der realen Situation der Senioren*innen gerecht wird und deren Interessen und Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden.

Vom Klosterleben und Weinanbau im Rheingau

– Herbstliches Verbandstreffen des glb Main-Kinzig

VON THOMAS KRAMER



„Wie friedlich wäre doch das Leben ohne die Liebe, wie ruhig, wie sicher ... und wie öde.“ sprach Sean Connery im Filmklassiker „Der Name der Rose“. So durften die Teilnehmer der Verbandgruppen des Main-Kinzig-Kreises und des Kreises Offenbach sich bei einer sachkundigen Führung durch die Räumlichkeiten ein Bild vom Leben und der Arbeit der Mönche und Laienbrüder machen. Schließlich war Kloster Eberbach nicht nur ein religiöses Bildungszentrum, sondern auch die zentrale Abtei über riesige landwirtschaftliche Flächen und viel Personal, Weinproduktion und -handel, sowie der Kultur von Gemüse, Obst und anderen Grundnahrungsmitteln. Im Jahr 1136 hielt eine Gruppe von 13 Mönchen unter Führung des Abtes Ruthard Einzug in einer neuen Nie-

derlassung des Zisterzienserordens im Rheingau und brachten aus ihrer Heimat ein paar Rebstöcke mit. Als Besucher wurden wir zurückversetzt in die Zeit, als bis zu 100 Mönche und mehr als 400 Laienbrüder den bald weithin guten Ruf des Klosters Eberbach begründeten durch überragende Fähigkeiten in der Fischzucht, der Herstellung von Tonfliesen, von Schmiedearbeiten, sowie dem Betrieb einiger Brau- und Backhäuser. Der erfolgreiche Weinbau und dessen Vermarktung ließ schnell einen besonderen Wirtschaftsbetrieb entstehen.

Neben der Landwirtschaft waren die Zisterzienser bekannt für ihre begnadete Buchmaler und Kopisten. Die berühmte Bibliothek ging verloren und schließlich Ende des 18. Jahrhunderts setzte die Säkularisation im Jahre 1803 dem Streben der Eberbacher Mönche ein Ende. Dennoch blieb das Weingut bis heute dank einer kostspieligen Restauration erhalten und die heute öffentliche Nutzung des Klosters sichert den fast unbeschädigten Fortbestand der Gebäude. Dieses Wochenende fand die große alljährliche Kunstausstellung statt.

Bei bestem Wetter und nach einer kurzen Stärkung schloss sich eine Wanderung durch die Weinberge nach Hattenheim an. Für die ganze Gruppe (s. Bild) folgte eine Weinprobe beim Biowinzer Stefan Gerhard, bei dem der sehr gute Jahrgang 2018 verkostet werden durfte. Im Anschluss kehren wir in eine Straußenwirtschaft zum Abendessen ein und genossen einen geselligen Abend bei guten Speisen und Getränken.

